



Deutschland im Umbruch Delphi-Studie 2004/2005

**Befragung ausgewählter
Expertinnen und Experten
über die Zukunft
Deutschlands**

**Christine Henry-Huthmacher
Ulrich von Wilamowitz-
Moellendorff**

Deutschland im Umbruch

Delphi-Studie 2004/2005

Befragung ausgewählter Expertinnen und
Experten über die Zukunft Deutschlands

Oktober 2005

Christine Henry-Huthmacher
Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff

2005 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin.
Alle Rechte vorbehalten.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Stiftung.
Printed in Germany.

INHALTSVERZEICHNIS

Zusammenfassung der wichtigsten Trends	5
A. Die Ausgangslage	7
B. Die Ergebnisse im Einzelnen	13
I. Die fünf wichtigsten Themen der gesamten Studie	13
II. Wirtschaft	16
III. Demographie und Familie	21
IV. Gesellschaft/Soziales	25
V. Ausländer/Zuwanderung/Integration	28
VI. Politik	30
VII. Werte/Zusammenleben	34
C. Zusammenfassung und Perspektiven	37
D. Fazit	44
E. Anhang	47
1. Wozu brauchen wir eine Delphi-Studie?	47
2. Fragebogen und Ergebnisse	49
Die Autoren	68

Zusammenfassung der wichtigsten Trends¹

Deutschland befindet sich in einer Phase tiefgreifender Umbrüche mit weiter reichenden Folgen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. In dieser Situation wurden mit der Methode einer Delphi-Studie die wichtigsten Zukunftstrends untersucht. Die Befragung der Experten und Expertinnen führte zur teilweisen Bestätigung schon lange diagnostizierter Tendenzen, aber auch teilweise zur Neubewertung der künftigen Entwicklungen. Die wichtigsten Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die wirtschaftliche Entwicklung wird von den Experten und Expertinnen ambivalent bewertet: Einerseits wird die deutsche Wirtschaft auch in den nächsten 15 Jahren ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten, vor allem, indem sie weiter rationalisiert und die Vorteile der Globalisierung nutzt. Für ein längerfristiges Beschäftigungswachstum mit einer deutlichen Senkung der Arbeitslosenzahlen reicht das Wirtschaftswachstum aber voraussichtlich nicht aus. Damit setzt sich der Trend der letzten zehn Jahre fort.
- Äußerst skeptisch wird die Zukunft der öffentlichen Haushalte beurteilt: Auf lange Sicht wird der Staatshaushalt nicht ohne Neuverschuldung auskommen.
- Wir werden zukünftig eine grundlegende Veränderung der Arbeitswelt erleben. Diese Veränderungen werden sowohl die Art der Arbeit betreffen, die in weniger festen und mehr befristeten und flexiblen (Projekt)arbeiten stattfinden wird, als auch der Umfang des Zeitrahmens, der sich auf mehr Wochenarbeitszeiten und verlängerte Lebensarbeitszeiten (bis 70 Jahre) erstrecken wird. Der Einfluss der Gewerkschaften auf die Arbeitswelt wird zurückgehen.
- Aber auch der Sozialstaat wird sich in seinen Grundstrukturen verändern. Nach Ansicht der Experten wird sich die Rente zur Grundsicherung entwickeln und das gesetzliche Gesundheitssystem wird schon mittelfristig nur noch eine medizinische Grundversorgung garantieren. Das bedeutet jedoch nicht, dass der Sozialstaat keine Zukunft mehr hat. Vielmehr bleibt er im Kern erhalten, allerdings auf einem deutlich geringeren Niveau als heute. Im Zuge dieses Rückbaus des Sozialstaates verändern sich die tragenden Werte der Gesellschaft. Soziale Gerech-

¹ Es handelt sich hierbei nicht um sichere Entwicklungen, sondern um die Einschätzungen von Experten über wahrscheinliche Tendenzen.

tigkeit wird als Leitmotiv zugunsten von Selbstverantwortung und Freiheit an Bedeutung verlieren. Insgesamt halten die Experten die Bevölkerung für reformfähig und reformwillig.

- Obwohl die Geburtenquote voraussichtlich auf niedrigem Niveau verharren wird, werden sich die Auswirkungen des demographischen Wandels zumindest bis 2020 in Grenzen halten. Im Zuge dieses Wandels wird sich Deutschland aber zu einem Einwanderungsland entwickeln, das offensiv um qualifizierte Zuwanderer wirbt. Dass dies nicht ohne Friktionen verläuft, ist absehbar. Daher muss zukünftig mehr als heute mit kulturellen Konflikten gerechnet werden. In einer alternden Gesellschaft mit immer weniger jungen Menschen und einem ausgeprägten Sicherheitsdenken erhalten diese Konflikte eine zusätzliche Bedeutung und Sprengkraft. Die fehlenden jungen, dynamischen, risikobereiten und kreativen Menschen bewirken nach Einschätzung der Experten zudem mittel- bis langfristig ein Absinken der kreativen Leistungsfähigkeit der Gesellschaft und ein Verschieben der Wertestruktur zu mehr Sicherheit.
- Die beiden Volksparteien werden ihre Position zumindest mittelfristig voraussichtlich weitgehend halten können. Allerdings ist mit einer weiteren Einebnung ideologischer Unterschiede zu rechnen und auch ihre Stammwählerpotenziale werden weiter schrumpfen. Von den derzeit im Bundestag vertretenen kleineren Parteien wird den Grünen langfristig eine bessere Zukunftsperspektive zugestanden als der FDP. Dem Rechtsextremismus wird keine Zukunft gegeben.
- Trotz der verschärften Wettbewerbsbedingungen in der Wirtschaft, des Rückbaus des Sozialstaates und der immer weitreichenderen Anforderungen, die an die und den Einzelne/n gestellt werden, ihr Leben in Zukunft viel stärker selbst zu meistern, werden wir uns nicht zu einer rücksichtslosen Ellbogen-Gesellschaft entwickeln. Das amerikanische „hire and fire“-Prinzip wird sich – so die Ansicht der Experten – zukünftig nicht in Deutschland in dem Maß etablieren, wie wir es aus den USA kennen. Moralische Werte, wie Treue und Verantwortung, werden auch in 15 Jahren ihre Verbindlichkeiten nicht verlieren und soziale Verpflichtungen und Rücksichtnahme bleiben verbindliche Werte in der Gesellschaft. Welche Rolle zukünftig die Kirchen spielen werden, wird unterschiedlich bewertet. Da die Kirchen beginnen, sich zunehmend aus der Lebenswelt zurückzuziehen, indem sie Kirchen, Gemeinden und Kindergärten schließen, scheint ihre zukünftige Rolle in der Gesellschaft offen zu sein.

A. Die Ausgangslage

„Es kommt nicht darauf an, die Zukunft vorauszusagen, sondern auf sie vorbereitet zu sein.“ (Perikles)

Die Welt verändert sich und wir müssen uns diesen Veränderungen anpassen. Das gesamte System der Bundesrepublik Deutschland ist vor dem Hintergrund gravierender Umbrüche in Unruhe geraten. Wohlstand und Sozialstaat gehörten bisher zur kollektiven Identität der Deutschen. Doch beides ist nicht mehr sicher. Häufiges Nachbessern wird in immer kürzeren Abständen nötig und der Nachbesserungsbedarf wächst. Es bedarf einer immer schnelleren Nachbesserung und eines immer weiteren und schnelleren Nachbesserungsbedarfs. Nachbesserungen allein genügen jedoch nicht. Die neu entstandenen Probleme können nicht mit alten Konzepten gelöst werden. Zu groß und zu komplex sind die Veränderungen geworden.

Wie viele andere westliche Länder auch, steht Deutschland vor vier grundlegenden Herausforderungen, deren Bewältigung von entscheidender Bedeutung für seine zukünftige Entwicklung und Gestaltung sein wird.

Diese Herausforderungen sind:

1. Die Globalisierung der Wirtschaft,
2. die weiter fortschreitende Technologisierung,
3. der Wandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft,
4. die Probleme des demographischen Wandels.

Die zunehmende internationale Verflechtung von Waren-, Dienstleistungs- und Finanzmärkten bestimmen maßgeblich die Veränderungen in der Wirtschafts- und Arbeitswelt. Die Welt entwickelt sich zu einem Produktionsstandort. „Unter all den Auswirkungen der Globalisierung gilt die Verlagerung arbeitsintensiver Teile des Produktionsprozesses über ausländische Vorlieferanten oder Direktinvestitionen als besonders alarmierend. ‚Outsourcing‘ oder ‚Offshoring‘ heißen die Reizworte.“²

Diese Entwicklung wird erst möglich durch den technologischen Fortschritt der vergangenen Jahrzehnte. Seit den 70er Jahren können auch aufwändige industrielle Arbeitsprozesse so in verschiedene Produktionsstufen zerlegt werden, dass die einzelnen Produktionsteile am weltweit günstigsten Ort gefertigt werden. Doch die Vor-

² Hans-Werner Sinn: Wie die Globalisierung Länder auseinanderreißt in: Neue Zürcher Zeitung, 26./27.6. 2004, S. 31.

teile der Globalisierung haben auch ihre Kehrseite. Einerseits eröffnet der Weltmarkt den global tätigen Unternehmen neue große Absatzmöglichkeiten, andererseits müssen sie auch auf ihren traditionellen Absatzmärkten mit verschärfter Konkurrenz aus anderen Teilen der Welt rechnen. Dabei stehen Unternehmen unter einem doppelten Druck. Sie müssen Produkte so effizient und qualitativ hochwertig herstellen wie möglich und dabei ständig die Kosten senken, um mit den Angeboten der internationalen Konkurrenz mithalten zu können. Dieser Konkurrenzkampf hat schwerwiegende Folgen für Deutschland. Die Globalisierung verändert die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Menschen schneller als andere wirtschaftliche Prozesse zuvor. Die rasante wirtschaftliche Dynamik, mehr Mobilität für den Einzelnen, Zuwanderung von Menschen aus anderen Ländern, Flexibilität im Beruf, die auch eine geringere Bindungsstabilität im Privaten zur Folge hat, wird von vielen Menschen eher als Bedrohung denn als Chance verstanden. Hinzu kommt eine zunehmende Abwanderung aus strukturschwachen Gebieten – vor allem im Osten Deutschlands – und eine hohe Arbeitslosigkeit, die die Globalisierung eher als Bedrohung für den Einzelnen erscheinen lässt.³

Die zweite große Herausforderung ist die weiter fortschreitende Technologisierung. Wir sind inmitten einer Umwälzung von industrieller Mechanisierung zu einer Ausweitung der Informationstechnik. Die Fortschritte der I+K-Technologien haben Produktionsstrukturen revolutioniert und die Zergliederung von Arbeitsprozessen ermöglicht, so dass eine Dienstleistung von Deutschland aus gesteuert, in Irland gebucht, in Indien abgerechnet und in Frankreich in Anspruch genommen werden kann. Dadurch entstehen komplexe Arbeitsumorganisationen. Einerseits werden zwar Arbeitsplätze wegrationalisiert oder in andere Länder verlagert, andererseits sind im Gefolge dieser Entwicklung andere neue und hoch qualifizierte Arbeitsplätze und neue Formen der Arbeitsorganisation entstanden, die mehr Spielraum für Kreativität lassen. Diese Entwicklung ist gekennzeichnet durch eine zunehmende Intensivierung und Flexibilisierung, wachsende Selbstorganisation und Selbstregulierungsanforderungen an die Arbeitenden sowie fortschreitende Endstandardisierung und auch eine immer weniger ausgeprägte Sicherheit der Beschäftigungsformen.⁴

³ Vgl. Kessler, W.: Gesellschaften unter Globalisierungsdruck, in: Informationen zur politischen Bildung, Heft 280: Globalisierung, Bonn 2003.

⁴ Vgl. dazu: Deutsches Institut für Altersvorsorge: Lebenswelten 2020, Köln, 2000 und TNS Infratest: Horizons 2020, München 2004.

Die Technologisierung wirkt sich auf die Arbeitswelt wesentlich gravierender aus als die Globalisierung. „Die Zahl der Jobs, die in Deutschland verschwinden, weil sie z. B. nach Osteuropa oder China verlagert werden, ist verschwindend gering. Sie macht gerade mal ein Prozent der abgebauten Stellen aus. Der wirkliche Jobkiller ist der technologische Fortschritt (...) Bis 2010 werden nur noch zwölf Prozent der arbeitenden Bevölkerung in Fabriken gebraucht. Bis 2020 werden es weltweit nur noch zwei Prozent sein. Selbst die billigste menschliche Arbeitskraft ist teurer als die Maschine.“⁵

Parallel zur Technologisierung erleben wir als dritte große Herausforderung den Wandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft. In einer solchen Gesellschaft ist Wissen zur einer zentralen Voraussetzung der gesellschaftlichen Entwicklung und zur Produktivkraft geworden. Die heutige und zukünftige Gesellschaft ist einem ständigen Wandel in Form einer schnellen Evolution des Wissens unterworfen. Dieser Wandel verläuft schneller als zuvor mit einer riesigen Spannweite und erstaunlicher Unvorhersehbarkeit. Das hat zur Folge, dass vorhandenes Wissen immer schneller obsolet wird und der Einzelne sich durch lebenslanges Lernen den Anforderungen anpassen muss. Der Prozess des lebenslangen Lernens erfordert vom heutigen Menschen ganz besondere mentale Fähigkeiten und Charaktereigenschaften. Nur wer über positives Denken, Offenheit gegenüber Neuem, Kommunikationsfähigkeit und persönliche Handlungskontrolle verfügt, kann sich in der Wissensgesellschaft dauerhaft positionieren. Das Prinzip Forschung, des experimentellen und lernenden Umgangs mit Informationen in der Gesellschaft wird zum allgemeinen Handlungsmodus. Von dem Zyklus der permanenten Erneuerung fühlen sich viele Menschen aber überfordert.

Als vierte Herausforderung wird die deutsche Gesellschaft zunehmend mit den Problemen des demographischen Wandels konfrontiert, der bereits in den 70er Jahren eingesetzt hat und dessen Auswirkungen sich in nächster Zukunft deutlich verschärfen werden. Mit einer Geburtenrate von 1,3 Kindern pro Frau liegt Deutschland im internationalen Vergleich am unteren Ende. Ein Grund hierfür liegt in dem weltweit einmalig hohen Anteil der Frauen und Männer von einem Drittel an einem Jahrgang, die zeitlebens kinderlos bleiben. Einer schrumpfenden und alternden Gesellschaft gewinnen Demographen wenig positive Zukunftsszenarien ab: „Die irreversible

⁵ Jeremy Rifkin: Langfristig wird die Arbeit verschwinden, in: Stuttgarter Zeitung v. 28.9.2005.

demographische Alterung wird Deutschland in den nächsten zehn Wahlperioden in eine permanente gesellschaftspolitische Großbaustelle verwandeln.“⁶

Ökonomen warnen vor gravierenden Folgen für die Wirtschaft. Die Folgen der Alterung bedeuten im schlimmsten Fall, dass das Bruttoinlandsprodukt von 2010 bis 2030 um durchschnittlich 0,5 Prozent pro Jahr sinkt. Im besten Fall sind es immer noch 0,2 Prozent. Wie stark die Wirtschaftsleistung zukünftig abnehmen wird, hängt laut Börsch-Supran von vier Faktoren ab: Um den Einfluss der Alterung auf das BIP zu minimieren, müsste das durchschnittliche Renteneintrittsalter um vier Jahre nach hinten verlagert werden, der Berufseintritt nach vorne verschoben werden, die Anzahl der Arbeitslosen müsste auf 1,5 Millionen sinken und Frauen müssten mehr arbeiten als bisher.⁷

Die Menschen fühlen sich angesichts der sich abzeichnenden Herausforderungen diffusen, undefinierten Bedrohungen ausgesetzt. Lähmende Angst, Verzagtheit, Voreingenommenheit gegenüber Neuem und Fremdem, mangelnder Unternehmergeist und tiefer Zukunftspessimismus erschweren die Suche und das Angehen von konkreten Gefahren und Herausforderungen. Denn zu lange und zu nachhaltig haben die Bürger sich den Garantien des Sozialstaates ausgeliefert. Zu lange sind sie durch Verbote und Gebote mittels Direktiven und Kontrollen des Staates auch bevormundet worden.

Sozialstaatliches Handeln in der alten Bundesrepublik trug zwar ganz wesentlich zum Zusammenhalt der deutschen Gesellschaft bei. Dies schafft aber jetzt und in absehbarer Zukunft zunehmend Probleme. Weil der Zusammenhalt der funktional ausdifferenzierten Gesellschaft über Erfüllung von Ansprüchen läuft, gibt es chronische Verteilungskämpfe zwischen besser und schlechter Gestellten. In Zeiten hoher Schulden des Staates und der Kommunen sind die Konflikte nicht mehr durch Leistungssteigerungen zu bewältigen. In der Folge geraten Staat und Politik zunehmend in Legitimationsschwierigkeiten. Denn Reform bedeutet in Zukunft eine Verringerung des Lebensstandards breiter Bevölkerungsgruppen. Das Risiko, die Freiheit und das „Weniger“ müssen neu aufeinander abgestimmt werden. Notwendig wäre ein neues Gleichgewicht von Solidarität und individueller Anstrengung. Darauf hat die Politik bislang keine Antwort gefunden.

⁶ Herwig Birg: Die ausgefallene Generation 2005.

⁷ Zitiert nach Hess, D.: Überalterung gefährdet Wachstumsziele, in: Handelsblatt v. 3.3.2005.

Es ist die genuine Aufgabe der Politik, unter veränderten Bedingungen eine Gesellschaft mit reicheren Möglichkeiten zu entwickeln und aus Ängsten Handlungsoptionen herzustellen. Eine veränderte Welt braucht veränderte Institutionen und auch veränderte Mentalitäten. In dem Prozess der Modernisierung benötigen wir eine positive Kultur des Wandels, den die Politik positiv vorbereiten muss. Das Problem an diesem Modernisierungsprozess ist gerade, dass wir kaum Erfahrungen mit Reformen aus dem Wohlstand heraus besitzen, wenn es immer weniger zu verteilen gibt. Insofern steht auch die Politik vor neuen Herausforderungen, wenn sie die „Zukunft“ nicht nur moderieren, sondern auch gestalten will. „Die Kernprobleme, denen sich heute vor allem die Industriegesellschaften des Westens gegenübersehen, sind nicht Probleme auf mittlerer Frist. Es sind Probleme der langen Dauer und sie werden ohne tief greifende mentale Umorientierungen nicht mehr zu lösen sein.“⁸

Wohin bewegt sich die Gesellschaft im 21. Jahrhundert? Muss sich eine hoch entwickelte Gesellschaft vom Prinzip des ewigen „Weiterschreitens“ verabschieden, um die Zukunft in den Griff zu bekommen? Wie sieht die Zukunft aus: mobil, flexibel, eigenverantwortlich, neue Lebensphasen, die immer wieder umgestellt werden? Und wie sieht eine Gesellschaft aus, in der die über 50-Jährigen die Mehrheit der Bevölkerung stellen, die ethnische Vielfalt zunehmend und die Geburtenzahlen weiter sinken werden?

Prognosen sind schwierig, aber für langfristiges politisches Handeln unerlässlich. Wir haben im Folgenden versucht, die Delphi-Methode zur Abschätzung der absehbaren wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen einzusetzen.⁹ Die Delphi-Methode wurde ursprünglich von der RAND Corporation zur Vorhersage zukünftiger Entwicklungen konzipiert. In Deutschland wurde sie bisher vor allem verwandt, um die Folgen technischer Entwicklungen abzuschätzen.¹⁰ Es handelt sich bei der Delphi-Methode um eine Expertenbefragung in mehreren Wellen, wobei den Befragten die Ergebnisse der jeweils vorhergehenden Welle zur Kenntnis gebracht werden.

Für die vorliegende Studie wurden führende Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung und Industrie angeschrieben. Der Fragebogen

⁸ Wolf Lepenies: Die Wissenschaft braucht Werte, in: Die Zeit, September 2005.

⁹ Die Methode und unser Vorgehen werden im Anhang näher beschrieben.

besteht aus 130 Aussagen, die jeweils eine bestimmte Entwicklung beschreiben. Die Experten sollten für jede dieser Aussagen ihre eigene Fachkenntnis und die Wichtigkeit des Themas bewerten, sowie einschätzen, ob und bis wann die Entwicklung eintritt. Das Verfahren bietet den Experten die Möglichkeit, ihre Aussagen vor dem Hintergrund der Meinung anderer Fachleute zu überprüfen und eventuell zu korrigieren.¹¹ Mit der Delphi-Methode lassen sich wahrscheinliche Entwicklungen oder Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigen. Die Aussagen reichen weit über private Meinungen hinaus, da in die Studie ausschließlich ausgewiesene Fachleute einbezogen wurden, die an der Gestaltung zukünftiger Entwicklungen maßgeblich beteiligt sind. Ziel der vorliegenden Delphi-Studie ist es, die Informationsbasis für politisches Handeln zu erweitern. Für die folgende Analyse wurden die Ergebnisse der beiden Befragungswellen berücksichtigt (die sehr ähnlich ausfielen). Weiterhin wurden die Aussagen der Experten, die sich in dem jeweiligen Fachgebiet hohes Expertenwissen attestierten, getrennt analysiert. Soweit die Experten mit hohem Fachwissen zu abweichenden Einschätzen kamen, wurde dies im Text vermerkt.

¹⁰ Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie/Fraunhofer Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung: Delphi 98 – Umfrage zur globalen Entwicklung von Wissenschaft und Technik. Bd 1 und 2, 1998.

¹¹ Vgl.: Michael und Sabine Häder: Die Delphi-Technik in den Sozialwissenschaften. Methodische Forschungen und innovative Anwendungen. Wiesbaden 2000.

B. Die Ergebnisse im Einzelnen

I. Die fünf wichtigsten Themen der gesamten Studie

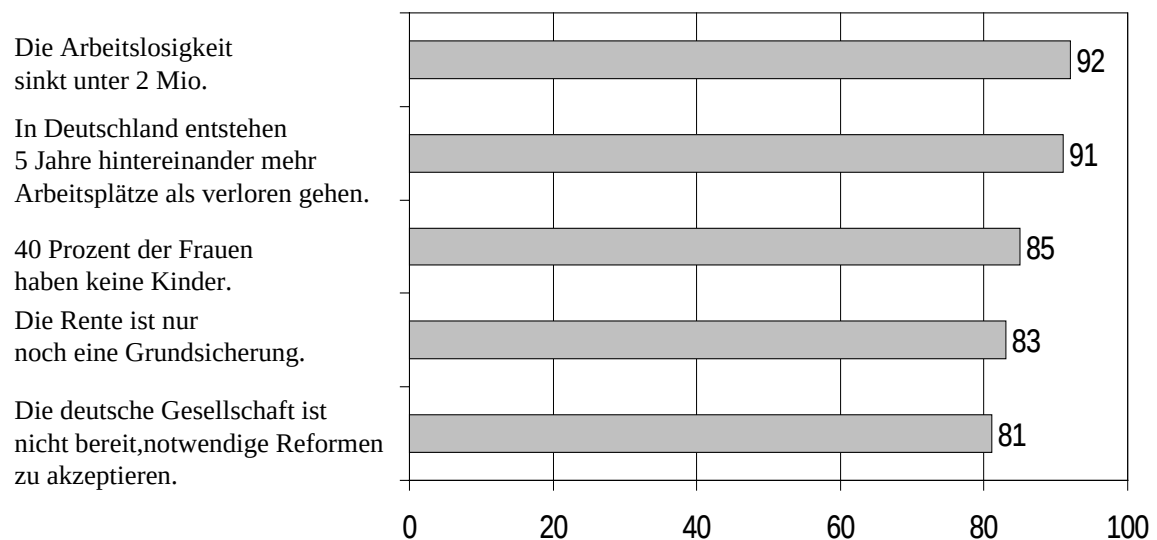
1. Welches sind die fünf wichtigsten Themen der Zukunft?

Der gesamte Fragebogen umfasst insgesamt 130 Aussagen, die sehr unterschiedliche Entwicklungen beschreiben. Die Experten bewerteten diese Aussagen nach ihrer Wichtigkeit für die zukünftige Entwicklung Deutschlands. Für die fünf wichtigsten Themen ergab sich folgende Rangfolge:

Am wichtigsten für die Zukunftsfähigkeit halten die teilnehmenden Experten die **Senkung der Arbeitslosigkeit**. 92 Prozent sehen hierin das vordringlichste Problem. Die Sicherung eines längerfristigen wirtschaftlichen Aufschwungs und damit verbunden das **Entstehen neuer Arbeitsplätze** halten 91 Prozent für sehr wichtig. Die **demographische Entwicklung** ist für 83 Prozent eine sehr wichtiges Thema, das **Ab-sinken der Rente zu einer Grundsicherung** für 83 Prozent und die **Reformfähigkeit der Deutschen** für 81 Prozent.

Bei den wichtigsten Themen stellt sich eine ähnliche Reihenfolge ein, wie wir sie bei repräsentativen Bevölkerungsumfragen wie z. B. im Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen beobachten können. Der Unterschied liegt vor allem in der Wichtigkeit des Demographiethemas, das in der öffentlichen Wahrnehmung trotz seiner enormen Sprengkraft immer noch nicht angekommen ist, von den Experten aber sehr wohl als herausragende Thematik der Zukunft wahrgenommen wird.

Wichtigkeit von Themen



Quelle: Deutschland im Umbruch; Delphi-Studie 2004/2005; Konrad-Adenauer-Stiftung

2. Trend: Treffen die wichtigsten Aussagen ein?

Dass die Arbeitslosigkeit bis 2020 in Deutschland unter zwei Millionen sinkt, glauben insgesamt nur 31 Prozent der Teilnehmer unserer Studie; lediglich acht Prozent erwarten diese Entwicklung schon bis 2010. Die Mehrheit äußert sich deutlich pessimistischer. Gut zwei Drittel rechnen erst nach 2020 oder überhaupt nicht mit einem so deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Die Ursache für diese eher skeptische Sichtweise ist leicht auszumachen. Man zweifelt an einem langfristigen wirtschaftlichen Aufschwung. Dass bis zum Jahr 2020 in der Wirtschaft fünf Jahre hintereinander mehr Arbeitsplätze entstehen als verloren gehen, glauben 45 Prozent der Teilnehmer, dagegen geht die knappe Mehrheit (53 Prozent) davon aus, dass dies Szenario erst nach 2020 oder überhaupt nicht eintrifft.

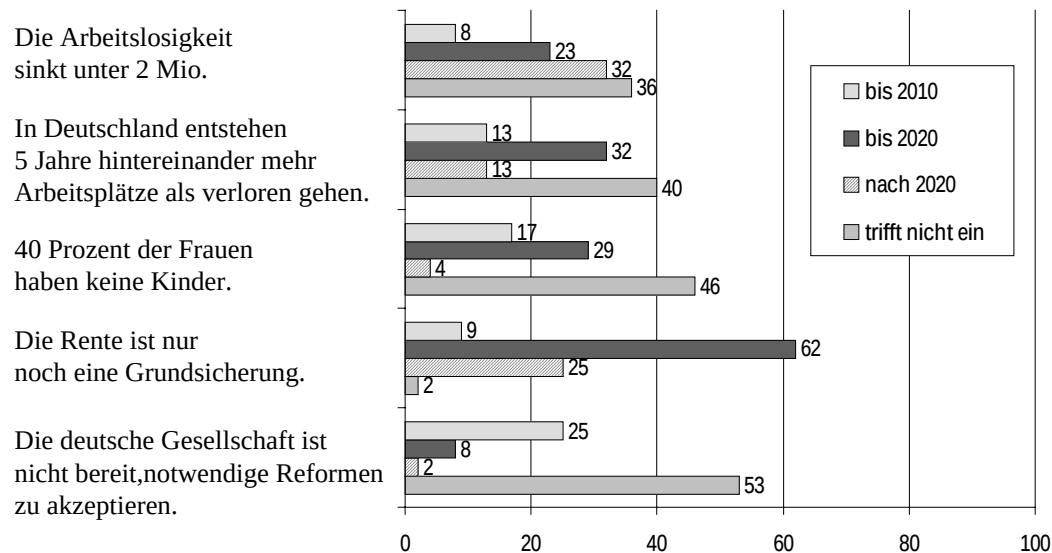
Die skeptische Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung durch die Experten ist überraschend. Das Kriterium – fünf Jahre hintereinander Arbeitsplatzwachstum – wurde von einigen als sehr anspruchsvoll empfunden. In einigen EU-Ländern wäre ein vergleichbares Wachstum aber überhaupt nicht unwahrscheinlich und auch in

Deutschland hat es noch in den 80er Jahren vergleichbare Zuwächse gegeben. Die Skepsis zeigt, dass die Erwartungen in Deutschland sehr bescheiden geworden sind. Die Aussage „40 Prozent der Frauen haben keine Kinder“ steht für eine weitere Verschärfung der ohnehin schon erheblichen demographischen Probleme. Derzeit bleibt etwa ein Drittel aller Frauen kinderlos. Die Meinungen, ob die von uns formulierte Aussage eintrifft, gehen auseinander: 46 Prozent der Teilnehmer sind der Ansicht, dass die Quote der kinderlosen Frauen schon bis 2020 auf 40 Prozent steigt, vier Prozent sehen diese Entwicklung erst nach 2020 und 44 Prozent glauben, dass sie nie eintrifft.

Große Einmütigkeit herrscht dagegen in der Einschätzung der Rentenentwicklung. Nach Ansicht der weit überwiegenden Mehrheit unserer befragten Experten müssen wir uns darauf einstellen, dass die Rente in Zukunft nur noch eine Grundsicherung sein wird. Dass diese Entwicklung überhaupt nicht eintrifft, erwarten nur zwei Prozent der Teilnehmer unserer Studie. Knapp jeder Vierte rechnet mit einer etwas langsameren Entwicklung und erwartet das Absinken der Rente auf das Niveau einer Grundsicherung erst nach 2020.

Als fünftwichtigstes Thema wurde die tatsächlich oder angeblich fehlende Bereitschaft der deutschen Bevölkerung genannt, notwendige Reformen zu akzeptieren. Gerade dieses Thema hat erst in der jüngsten Vergangenheit die Medien beherrscht, vor allem in Verbindung mit den Demonstrationen gegen die Hartz IV-Gesetze. Auch der Wahlausgang der jüngsten Bundestagswahl wurde teilweise in diesem Zusammenhang interpretiert. Allerdings sind die Teilnehmer unserer Studie anderer Meinung als der in der Öffentlichkeit nicht selten vermittelte Eindruck einer totalen Verweigerungshaltung, der auch über die Medien transportiert wird. Über die Hälfte der Befragten (53 Prozent) meinen, diese Verweigerungshaltung gebe es überhaupt nicht. Und auch kurzfristig (bis 2010) kann nur eine Minderheit (25 Prozent) eine Reformblockade erkennen. Das heißt im Umkehrschluss: Reformen sind in Deutschland wichtig und auch durchsetzbar.

Eintreffen / Nichteintreffen der wichtigsten Entwicklungen



Quelle: Deutschland im Umbruch; Delphi-Studie 2004/2005; Konrad-Adenauer-Stiftung

II. Wirtschaft

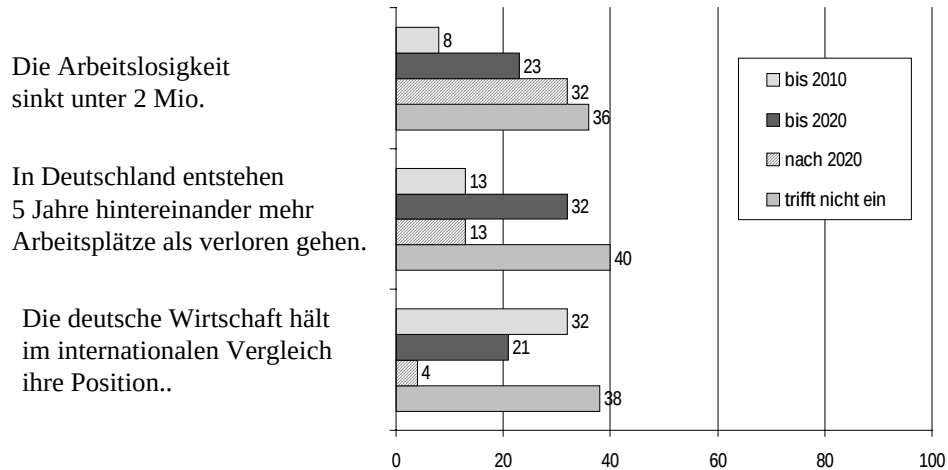
1. Welches sind die wichtigsten wirtschaftspolitischen Themen der Zukunft?

In der wirtschaftspolitischen Diskussion der nächsten 15 Jahre werden vorwiegend die Themen dominieren, die schon in den letzten 10 Jahren am wichtigsten waren. Zwei wirtschaftspolitische Themen – die Entwicklung der **Arbeitslosigkeit** und der weitere Verlauf des **Wirtschaftswachstums** – zählen zu den fünf wichtigsten Themen der gesamten Studie und wurden bereits genannt. Das drittwichtigste wirtschaftspolitische Thema ist für die Experten die **Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft**.

2. Wie werden sich Arbeitslosigkeit, Wirtschaftswachstum und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bis 2020 entwickeln?

- Die Hoffnungen auf eine kurzfristige Verbesserung des Arbeitsmarktes sind gering. Erst in 15 Jahren erwarten die Experten eine spürbare Entlastung des Arbeitsmarktes. D. h. in einem überschaubaren Zeitraum wird es keine wesentliche Veränderung der Arbeitslosigkeit geben. Die Wirtschaftsexperten sind noch skeptischer und sehen – wenn überhaupt – erst nach 2020 eine deutliche Verbesserung des Arbeitsmarktes.
- Über die Einschätzung des Wirtschaftswachstums herrscht ebenfalls eine skeptische Einstellung vor. Kurzfristig ist kein stabiles Wirtschaftswachstum zu erwarten, das positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hat. Verbesserungen in der wirtschaftlichen Dynamik werden erst in dem Zeitraum zwischen 2010 und 2020 erwartet. Aber auch dann wird das Wachstum nicht ausreichen, um die Arbeitslosigkeit nachhaltig zu senken.
- Eine positive Einschätzung dagegen teilen alle Experten hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Diese halten sie im internationalen Vergleich für wettbewerbsfähig, so dass sie ihre Position verteidigen kann.

Eintreffen / Nichteintreffen wirtschaftlicher Entwicklungen



Quelle: Deutschland im Umbruch; Delphi-Studie 2004/2005; Konrad-Adenauer-Stiftung

3. Trend: Was kommt mit hoher Wahrscheinlichkeit?

Arbeitswelt

- IT-Technologien werden alle Lebensbereiche durchdringen und beinahe alle Produkte werden mit „Intelligenz“ ausgestattet. Die Technologisierung wird fortschreiten mit gravierenden Auswirkungen auf Arbeitsplätze.
- Arbeitsplätze verändern ihren Charakter: Virtuelle Büros, Service-Center und „nomadische Arbeit“ werden keine Randphänomene, sondern fester Bestandteil der zukünftigen Arbeitswelt.
- Die Individualisierung der Arbeitsplätze schreitet fort und die Gewerkschaften werden bis 2020 immer mehr an Einfluss verlieren.
- Der Kündigungsschutz wird eingeschränkt. Dies wird von der Mehrheit der Experten bereits in den nächsten fünf Jahren erwartet. Auch die Aufhebung des Kündigungsschutzes für ältere Arbeitnehmer wird nach Meinung der Experten voraussichtlich in der Zukunft Realität werden.

- Die Anforderungen an Flexibilität der Arbeitnehmer steigen weiter. Berufsbedingte Umzüge sowie Berufsverläufe mit Unterbrechungen oder das Ausüben mehrerer Berufe im Laufe des Berufslebens werden in den nächsten 15 Jahren eher zu Regel als zur Ausnahme. Das hängt auch mit der Ausweitung der befristeten Arbeitsverhältnisse zusammen. Denn die Unternehmen der Zukunft werden kleiner sein als heute und stärker auf befristete Arbeitsverhältnisse setzen. Projektarbeit wird bestimmend für das Arbeitsleben.

Wirtschaft und Staatsfinanzen

- Als sicher gilt, dass auch zukünftig der Staatshaushalt nicht ohne Neuverschuldung auskommt.
- Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bleibt erhalten.
- Deutschland bleibt auch in den nächsten 15 Jahren wichtiger Produktionsstandort und wird sich nicht zum reinen Handels- und Dienstleistungsmarkt entwickeln.
- Um wettbewerbsfähig zu bleiben, werden die Arbeitszeiten in den meisten Betrieben auf 42 Stunden angehoben.
- Aufgrund zunehmender Ausgaben für die Alterssicherung gehen die Konsumausgaben zurück und das Wohlstandsniveau sinkt auf das Niveau der 80er Jahre. Experten mit hohem wirtschaftlichem Fachwissen sehen in dieser Frage jedoch optimistischer in die Zukunft.

Arbeitsmarkt

- Der Arbeitsmarkt wird sich verändern. Er wird sich nach Einschätzung der Experten ausdifferenzieren. Es werden Teilmärkte für gut und hoch Qualifizierte und einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt für gering Qualifizierte entstehen.
- Der drastische Rückgang an Erwerbspersonen aufgrund der demographischen Entwicklung führt nicht automatisch zu einem Rückgang an Humankapital auf allen Gebieten.
- Die Lohnnebenkosten – ein heute viel diskutiertes Thema – werden bis 2020 nach mehrheitlicher Ansicht der Experten unter 40 Prozent sinken. Allerdings schätzen die Wirtschaftsexperten diese Entwicklung wesentlich skeptischer ein.

- Wirtschaftliches Wachstum findet auch zukünftig nicht nur in Ballungszentren statt (außer in Ostdeutschland).

Ostdeutschland

- Eine weiter deutlich zunehmende Arbeitslosigkeit, die in den strukturschwachen Regionen ein Drittel der Bevölkerung erfasst, wird es nach Ansicht der Experten bis 2020 nicht geben.
- Die Abwanderung aus den ostdeutschen Ländern hält zunächst an und kommt bis 2020 zum Stillstand.
- Bis dahin sind aber schon so viele Personen abgewandert, so dass viele Dörfer in den strukturschwachen ostdeutschen Gebieten entvölkert und verfallen sind.
- Die Lebensverhältnisse werden sich bis 2020 nicht angeglichen haben. Erst danach erwartet man eine Verbesserung. Daher werden die ostdeutschen Länder auch bis 2020 durch die westdeutschen Bundesländer finanziell unterstützt werden. Gut ein Fünftel der Experten geht aber davon aus, dass auch nach 2020 die Unterstützung fortgesetzt werden muss.

4. Welche Entwicklungen sind nicht sicher zu prognostizieren?

- Angesichts einer Entwicklung von der Industrie- zur Wissensgesellschaft wäre anzunehmen, dass die Gesellschaft in der Zukunft Menschen mit geringen intellektuellen Fähigkeiten und materiellen Möglichkeiten zunehmend aus dem Berufsleben ausschließt. Hier sind die Experten unterschiedlicher Meinung. Die zukünftige Gesellschaft wird auch stärkeren Bedarf nach einfachen Tätigkeiten erzeugen, z. B. im Bereich der Betreuung und Pflege älterer Menschen.¹²
- Die Auflösung des Kündigungsschutzes i. S. des amerikanischen Prinzips des „hire and fire“ setzt sich nach Ansicht der Experten nicht automatisch mit der zunehmenden Individualisierung der Arbeitswelt und des Schwindens des gewerkschaftlichen Einflusses durch. Es deuten sich zwei verschiedene Wege an: 1. Die Wirtschaft Deutschlands wird im Zuge der Globalisierung quasi zu einer Kopie des amerikanischen Systems. 2. Sie wird auch in Zukunft eine deutlich stärkere sozialstaatliche Komponente aufweisen. Welcher Weg beschritten wird,

¹² Diese Argumentation ergab sich nicht aus der Studie selbst, sondern aus einer Expertentagung.

ist derzeit unklar und nicht zuletzt dem Gestaltungsspielraum der Politik unterworfen.

- Kürzere wirtschaftliche Wachstumsphasen halten vor allem Wirtschaftsexperten nach 2010 für wahrscheinlicher als alle anderen Experten.
- Wie sich das Wirtschaftswachstum in Ostdeutschland insgesamt entwickeln wird, darüber sind sich die Experten nicht einig. Knapp die Hälfte von ihnen erwartet bis 2020 ein überdurchschnittliches Wachstum, während die andere Hälfte dieses bezweifelt. Das Wirtschaftswachstum wird sich aber auf einige Regionen konzentrieren, die überdurchschnittlich wirtschaftlich expandieren werden.

5. Was ist für die Wirtschaftsentwicklung nicht so bedeutsam?

Das Aufheben des Kündigungsschutzes für ältere Arbeitnehmer, das Anheben der wöchentlichen Arbeitszeit gelten zwar als sichere Trends, sind jedoch weniger bedeutsam für die Wirtschaftsentwicklung als es in der gegenwärtigen Situation den Anschein hat. Dies ist begründbar damit, dass diese Trends ohnehin kommen oder sie für das Wirtschaftswachstum in die Arbeitsmarktsituation nicht von großer Bedeutung sind.

6. Wo liegen die Hemmnisse für die Zukunft?

Hinsichtlich des Wirtschaftswachstums und in der Frage der Arbeitslosigkeit sowie der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sehen die Experten vorwiegend mögliche wirtschaftliche Hemmnisse. In den Fragen der Gestaltung von Arbeitsplätzen und Arbeitszeiten sehen sie vor allem politische Barrieren. Auffallend oft werden aber auch gesellschaftlich-kulturelle Barrieren genannt. Insofern stellt sich die Frage, ob wir mit unseren Mentalitäten und Einstellungen für die Zukunft gut vorbereitet sind.

III. Demographie und Familie

1. Welches sind die wichtigsten demographischen und familienpolitischen Themen der Zukunft?

Bevölkerungsrückgang und Alterung kennzeichnen die demographische Entwicklung seit Jahrzehnten. Die demographische Alterung unserer Gesellschaft beruht in

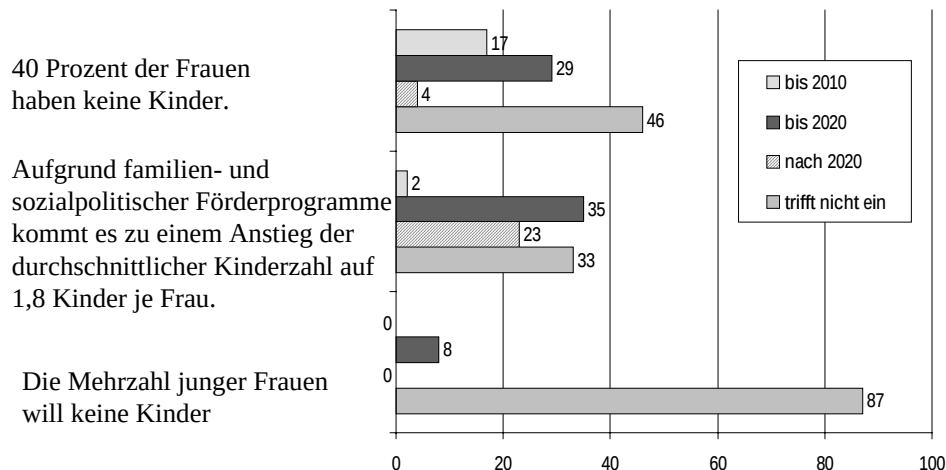
erheblich stärkerem Maße auf der niedrigen Geburtenrate und der hierdurch bewirkten abnehmenden Zahl der jüngeren und mittleren Altersgruppe als auf der Zunahme der Lebenserwartung, die bis 2050 um etwa sechs Jahre ansteigen wird. Daher ist es nicht verwunderlich, dass die befragten Experten den **Geburtenrückgang** als das wichtigste demographische und familienpolitische Thema für die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung ansehen. Konsequenterweise sehen sie in möglichen **familien- und sozialpolitischen Förderprogrammen** ein weiteres wichtiges Thema, gefolgt von der Frage, welche Auswirkungen eine alternde Gesellschaft auf das kreative **Leistungspotenzial der Gesellschaft** hat.

2. Wie werden sich Geburtenrückgang und kreative Leistungsfähigkeit bis 2020 entwickeln?

- Ob die bisherige niedrige Geburtenquote noch weiter sinken wird, darüber sind sich die Experten nicht einig. Einen weiteren Rückgang des Kinderwunsches erwarten sie in den nächsten 15 Jahren jedoch nicht. Größtes Hemmnis, den Kinderwunsch zu realisieren, sehen die Experten weniger in wirtschaftlichen als vielmehr in kulturell-gesellschaftlichen Barrieren. Einigkeit besteht darüber, dass die Mehrheit junger Frauen Kinder möchte. Daraus ist zu schließen, dass die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dies verhindern. Der Konflikt entsteht vor allem in der Schwierigkeit, Familie und Beruf zu vereinbaren. Dieser Konflikt wird sich durch die weiter zunehmende Berufstätigkeit von Frauen – von der die Experten ausgehen – noch verschärfen. Dies wird eine der großen Herausforderungen für die Familienpolitik sein.
- Das Anheben der durchschnittlichen Kinderzahl durch familien- und sozialpolitische Förderprogramme wird uneinheitlich bewertet. Die wenigsten Experten sehen bis 2020 hierzu realistische Möglichkeiten. Allenfalls langfristig sehen einige Experten Erfolg versprechende Veränderungen. Aber auch hier bleibt ein Drittel sehr skeptisch, ob dies wirklich möglich ist.
- Die demographische Entwicklung hat eine abnehmende Zahl jüngerer und mittlerer Altersgruppen zur Folge. Damit schrumpft gerade jene Altersgruppen, die das gesellschaftliche Innovationspotenzial der Gesellschaft verkörpert. Insofern wird – nach Ansicht der befragten Familien- und Demographie-Experten – die kreative

Leistungsfähigkeit der Gesellschaft in den nächsten 15 Jahren sinken. Die Experten aus anderen Bereichen sehen diese Entwicklung eher langfristig.

Eintreffen / Nichteintreffen demographischer Entwicklungen



Quelle: Deutschland im Umbruch; Delphi-Studie 2004/2005; Konrad-Adenauer-Stiftung

3. Trend: Was kommt mit hoher Wahrscheinlichkeit?

Nach den Prognosen des Statistischen Bundesamtes wird Deutschland einen Bevölkerungsschwund bis zum Jahr 2050 von 10 Millionen Menschen erleben und zwar unter der Annahme, dass die Lebenserwartung weiter steigt und jährlich 200.000 Personen aus dem Ausland zu uns einwandern. Dass wir bisher von dem Geburtenrückgang nicht viel bemerkt haben, liegt zum einen an der längeren Lebenserwartung und zum anderen daran, dass mittlerweile rund 12 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland leben. Sie und die alten Menschen füllen derzeit die demographische Lücke, die durch den Geburtenrückgang entstanden ist.¹³

- Die Gesellschaft wird also weiter schrumpfen. Darin besteht auch unter den Experten Einigkeit. Allerdings werden die Auswirkungen dieser Entwicklung bis 2020 nur als gering eingeschätzt. Erst nach 2020 wirken sich die demographi-

¹³ Vgl. Kröhnert, S./van Olst, N./Klingholz, R.: Deutschland 2020, Die demographische Zukunft der Nation, Köln 2004.

schen Veränderungen stärker aus. Man geht davon aus, dass eine langfristige Stabilisierung der Bevölkerungszahl bei 70 Millionen eintritt.

- Die Alterung der Gesellschaft wird in den nächsten 20 Jahren zu einer Verschiebung der Altersverteilung führen, in der die über 50-Jährigen nicht nur die Mehrheit der Gesellschaft stellen, sondern auch ihre Vorstellungen politisch durchsetzen werden. Damit verbunden ist ein steigender Bedarf an Sicherheit und eine sinkende Risikobereitschaft. Weniger Risikofreude bedeutet zugleich weniger innovatives wirtschaftliches Engagement.
- Es kommt zu einer veränderten Population in den Städten. Immer mehr ältere Menschen wandern in die Städte zurück, da sie dort bessere Lebensbedingungen vorfinden. Ihre Bedürfnisse, z. B. nach der Nähe von Versorgungseinrichtungen, sind dort leichter und flexibler zu erfüllen.
- Wachsende Nachfrage nach altersgerechten Produkten wird den Markt dramatisch verändern.
- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird durch spezielle Angebote der Arbeitgeber verbessert, und zwar bereits in erheblichem Maße bis 2010.
- Die Erwerbstätigkeit der Frauen wird nach Ansicht der Experten in den nächsten 15 Jahren weiter zunehmen und so selbstverständlich werden wie die der Männer. Das hat auch Auswirkungen auf den Anteil von Frauen in Führungspositionen, der sich in den nächsten 15 Jahren verdoppeln wird.

4. Welche Entwicklungen sind nicht sicher zu prognostizieren?

Unsicher sind sich die Teilnehmer unserer Studie, wie die Familie der Zukunft aussehen wird und ob die Familie in ihrer traditionellen Form zukünftig überhaupt als Leitbild bestehen bleibt. Daher wird die Frage, ob die Mehrheit der Kinder zukünftig in traditionellen Familien geboren wird, uneinheitlich eingeschätzt.

5. Was ist für Familien weniger wichtig?

Die unsicher zu prognostizierenden Entwicklungen, d. h. die Familienformen und ihre Auswirkungen und die Leitbildfunktion halten die befragten Experten gleichzeitig für weniger wichtig. Dazu zählt auch die Frage, ob die traditionelle Familie zukünftig in eine Minderheitenposition gelangen könnte, und ob die Zahl der Kinder, die in nicht traditionellen Familien geboren werden, weiter ansteigen wird. Auch die Leitbildfunk-

tion der lebenslangen Ehe ist nach Meinung der Experten von geringer Bedeutung. Für die demographische Entwicklung ist somit die Familien- und Lebensform, in der Menschen zukünftig zusammenleben, nachrangig.

IV. Gesellschaft/Soziales

1. Welches sind die wichtigsten gesellschaftspolitischen Themen?

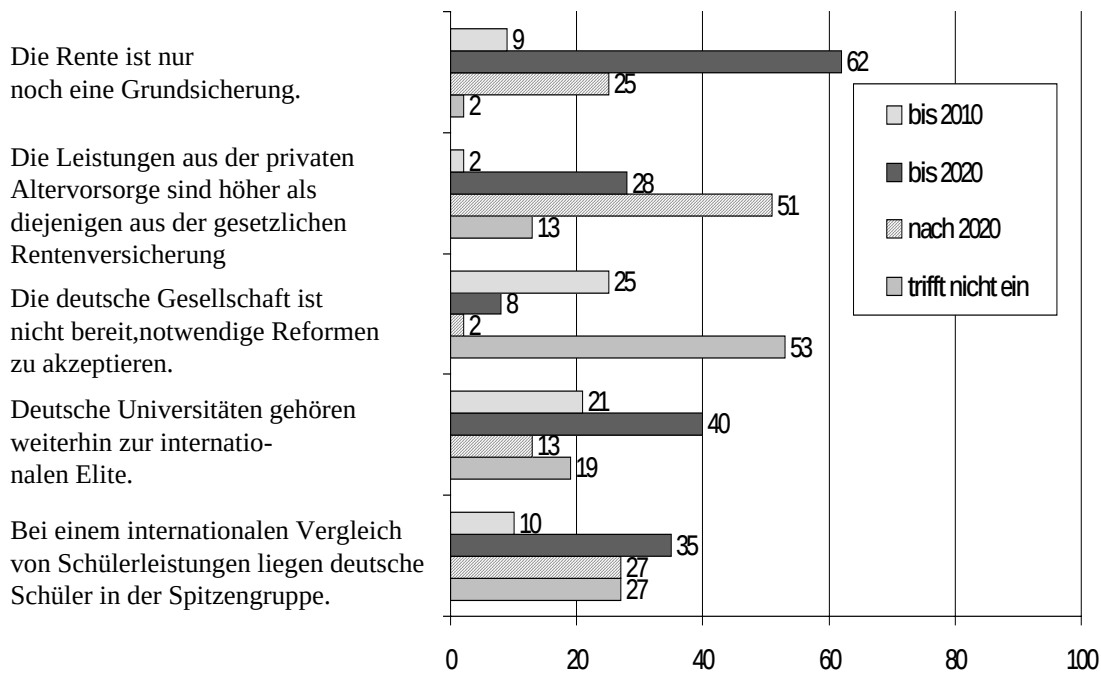
Die wichtigsten gesellschaftspolitischen Themen sind die Entwicklung der **Rente** zu einer Grundsicherung und die **Reformfähigkeit der Gesellschaft**. Danach folgen in diesem Teilbereich die Probleme der **Bildung**.

2. Wie werden sich die Rente, die Reformfähigkeit und die Probleme der Bildung bis 2020 entwickeln?

- Bei der Rente setzen sich nach Ansicht der Experten die sich zurzeit bereits abzeichnenden Trends fort. Das Niveau der Rente wird weiter sinken, bis sie nur noch eine Grundsicherung darstellt. Fast drei Viertel erwarten dies schon bis 2020. Allerdings wird sie bis dahin die wichtigste Form der Altersvorsorge bleiben; erst nach 2020 rechnet man mehrheitlich damit, dass die Leistungen aus der privaten Vorsorge höher sein werden als die aus der Rente. Befragte mit hohem Wissensstand in diesem Gebiet erwarten tendenziell einen etwas langsameren Verlauf der Entwicklung.
- Die Experten halten die deutsche Gesellschaft überwiegend für reformfähig. Trotz der momentanen Schwierigkeiten geht man nicht davon aus, dass notwendige Reformvorhaben scheitern werden.
- In der Bildungspolitik ist eine gewisse Skepsis unverkennbar. Deutsche Universitäten sieht man zwar bis 2020 in der internationalen Spitzengruppe, aber zumindest für naturwissenschaftliche Forschungen in Deutschland wird die mittelfristige Perspektive skeptisch beurteilt. Nicht einmal jeder Dritte meint, dass Deutschland auf diesem Feld bis 2020 weltweit zu den drei wichtigsten Nationen gehört. Besserung wird frühestens nach 2020 erwartet.
- Bei den schulischen Leistungen erwartet fast die Hälfte der Experten bis 2020 Besserungen. Allerdings rechnen etwa genau so viele erst nach 2020 oder über-

haupt nicht damit. Befragte mit großen Kenntnissen stehen der Verbesserung des schulischen Niveaus noch skeptischer gegenüber.

Eintreffen / Nichteintreffen gesellschaftspolitischer Entwicklungen



Quelle: Deutschland im Umbruch; Delphi-Studie 2004/2005; Konrad-Adenauer-Stiftung

3. Trend: Was kommt mit hoher Wahrscheinlichkeit?

- Das deutsche Sozialstaatsmodell wird nach Ansicht unserer Experten im Kern erhalten bleiben. Trotz aller Schwierigkeiten, die gerade zur Zeit und in Zukunft zu überwinden sind, rechnen die befragten Experten mit weit überwiegender Mehrheit nicht damit, dass das Ziel der Umverteilung zum Zweck des sozialen Ausgleichs aufgegeben wird (trifft nicht ein: 65 Prozent, Befragte mit hoher Kompetenz: 75 Prozent).
- Allerdings werden weitere Leistungskürzungen erwartet. Neben den bereits erwähnten Anpassungen im Rentensystem werden dem Gesundheitssystem ganz ähnliche Entwicklungen vorausgesagt: Das gesetzliche Gesundheitssystem wird mittelfristig nur noch eine medizinische Grundversorgung garantieren.
- Gesundheitsdienstleistungen, die über die Grundversorgung hinausgehen, müssen demzufolge privat abgesichert werden. Daraus wird sich eine Zwei-Klassen-

Medizin entwickeln, also eine Abhängigkeit der gesundheitlichen Versorgung von den Einkommensverhältnissen. Diese Entwicklungen werden nach fast einhelliger Ansicht bis zum Jahr 2020 eingetreten sein.

- Auch die Sozialhilfe bzw. das Arbeitslosengeld II werden nicht von Kürzungen verschont bleiben. Schon relativ kurzfristig ist eine Vergrößerung des Abstands zwischen Sozialhilfe und den unteren Gehaltsgruppen aufgrund gesetzlicher Maßnahmen zu erwarten. Das kann nur eine Absenkung des Sozialhilfeniveaus bedeuten. Befragte mit hoher Kompetenz in diesem Themenfeld erwarten diese Entwicklung noch häufiger.
- Das deutsche Sozialstaatsmodell wird aber im Kern nicht in Frage gestellt. Fast zwei Drittel rechnen nicht damit, dass es zur Absenkung bis auf das US-amerikanische Niveau kommt.
- Am anderen Ende der Einkommenspyramide, bei den Spitzenverdienern, wird sich voraussichtlich wenig ändern. Weder wird eine im Vergleich zum jetzigen Niveau deutlich stärkere noch eine deutlich geringere steuerliche Belastung erwartet. Bezüglich der Senkung – genannt waren 35 Prozent – herrscht allerdings eine gewisse Unsicherheit.
- Es werden sich Unterschichtenmilieus mit eigenen Wertesystemen herausbilden.

4. Welche Entwicklungen sind nicht sicher zu prognostizieren?

Die Einschätzungen über die zukünftige Verteilung der Einkommen variieren beträchtlich. Ob im Jahr bis 2020 30 Prozent der Deutschen über weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens verfügen wird, ist offensichtlich schwer einzuschätzen.¹⁴

¹⁴ Die gewählte Grenze von 50 Prozent des Durchschnittseinkommens wollen wir nicht als Armutsbegriff interpretieren. Der Armutsbegriff selbst ist sehr strittig; innerhalb der EU gilt die 60-Prozent-Grenze des Durchschnittseinkommens als relative Armut, was nichts anderes als eine Beeinträchtigung der Chancen an gesellschaftlicher Teilhabe bedeutet. Die 60-Prozent-Grenze entspräche derzeit in Deutschland einem Einkommen von 938 €, was deutlich über anderen Armutsbegriffen wie z. B. dem Sozialhilfeniveau liegt. Das von uns gewählte Maß (das übrigens früher auch mal als relative Armutsgrenze galt) wollen wir als Maßstab einer ungleichen Einkommensverteilung verstanden wissen. Und ob die Entwicklung hin zu einer größeren Ungleichheit der Einkommensverteilung geht, wird von den befragten Experten höchst unterschiedlich beurteilt.

5. Was ist für die gesellschaftliche und soziale Entwicklung nicht so bedeutsam?

Die unwichtigsten Themen sind der Bedeutungsverlust der beruflichen Position für die gesellschaftliche Stellung, die Zunahme sozialer Mobilität sowie Veränderungen in der Höhe des Spitzensteuersatzes.

6. Wo liegen die Hemmnisse für die Zukunft?

Der Politik traut man nur begrenzt zu, die Entwicklungen steuern zu können. Politische Einflussmöglichkeiten sieht man vor allem bei der Entwicklung der Rente, der Höhe des Spitzensteuersatzes, bei Fragen des Sozialstaats und in etwas geringerem Maß bei Fragen des Gesundheitssystems sowie bei der Verbesserung der Bildung.

V. Ausländer/Zuwanderung/Integration

1. Welches sind in der Zuwanderung und Integration die wichtigsten Themen der Zukunft?

Die wichtigsten Themen in diesem Teilbereich betreffen das **Zusammenleben zwischen Deutschen und Ausländern** und die **Integration der Zuwanderer**.

2. Wie wird sich das Zusammenleben mit Ausländern bis 2020 entwickeln?

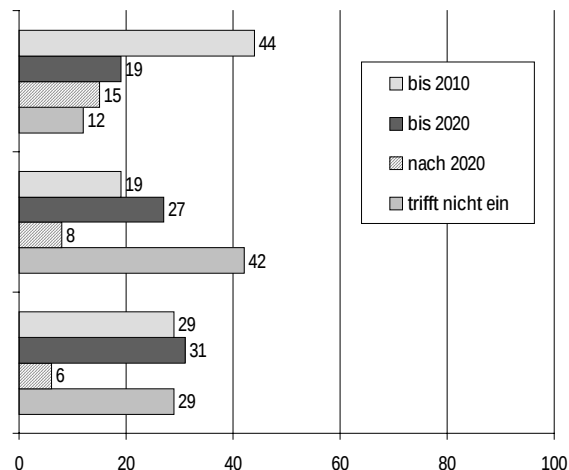
- Insgesamt ergibt sich eine zwiespältige Einschätzung der zukünftigen Entwicklung. Einerseits geht man davon aus, dass durchaus verschiedene ethnische Gruppen in Deutschland zukünftig friedlich zusammenleben werden.
- Auf der anderen Seite sind die befragten Experten mehrheitlich der Ansicht, dass die Integration von Zuwanderern misslingt und es zu kulturellen Konflikten kommt.
- In der Einschätzung, ob diese Konflikte sogar bis zu gewalttätigen Auseinandersetzungen eskalieren, ist man sich aber unsicher.

Eintreffen / Nichteintreffen der Integration von Migranten

In Deutschland leben verschiedene ethnische Gruppen friedlich miteinander.

Kulturelle Konflikte mit Zuwanderern führen zu gewalttätigen Auseinandersetzungen.

Die Integration von Zuwanderern gelingt nicht und es kommt zu kulturellen Konflikten.



Quelle: Deutschland im Umbruch; Delphi-Studie 2004/2005; Konrad-Adenauer-Stiftung

3. Trend: Was kommt mit hoher Wahrscheinlichkeit?

- Deutschland wird sich zu einem Einwanderungsland wandeln, das offensiv um qualifizierte Zuwanderer wirbt. Das wird voraussichtlich bereits bis 2020 geschehen. Derzeit sind darauf weder die Gesellschaft noch die Politik bis jetzt ausreichend vorbereitet.
- Ebenso geht man davon aus, dass in Zukunft in vielen deutschen Großstädten mehr muslimische als christliche Kinder leben werden. Die Befragten mit hohem Wissensstand erwarten diese Entwicklung noch deutlicher.
- Fast sicher geht man davon aus, dass es Städte mit türkischstämmigen Bürgermeistern geben wird. Dies wäre aber auch ein Zeichen gelungener Integration und politischer Einbindung von Migranten.
- Der Islam wird in der Gesellschaft keine den beiden christlichen Kirchen gleichberechtigte Rolle einnehmen. Weder wird es einen islamischen Feiertag geben noch rechnet man mit der Einführung einer islamischen Kirchensteuer.

- Ehen zwischen Christen und Muslimen werden keine Seltenheit sein. Das bedeutet aber auch, dass Muslime stärker als bisher in die deutsche Gesellschaft eingebunden und integriert sein werden.

4. Welche Entwicklungen sind nicht sicher zu prognostizieren?

Im Vergleich zu den anderen Themenblöcken herrscht in der Einschätzung von ausländerpolitischen Themen eine relativ große Einmütigkeit. Eine Ausnahme bildet lediglich die Frage, ob kulturelle Konflikte mit Zuwanderern bis zu gewalttätigen Auseinandersetzungen eskalieren oder ob sich diese mit friedlichen Mitteln lösen lassen.

5. Wo liegen die Hemmnisse für die Zukunft?

Von politischen Hemmnissen könnte vor allem die Wandlung Deutschlands zu einem aktiven Einwanderungsland betroffen sein.

VI. Politik

1. Welches sind die wichtigsten politische Themen der Zukunft?

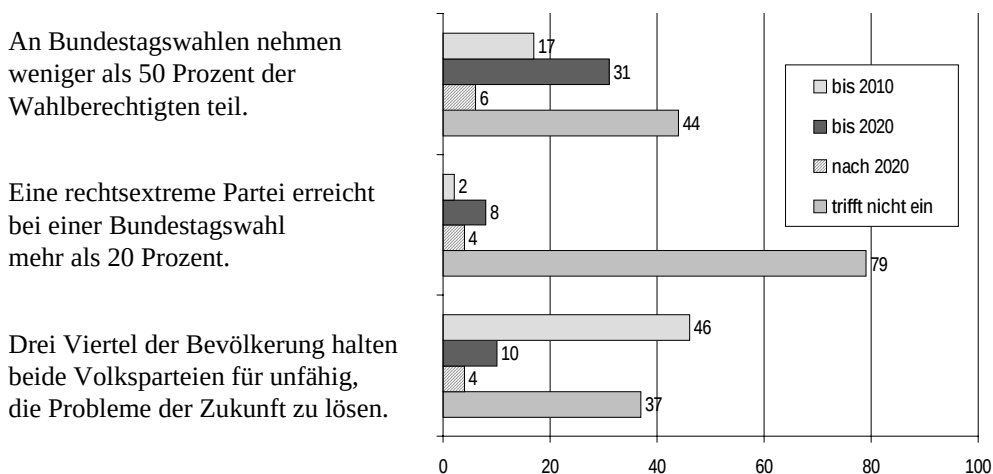
Die wichtigsten Themen sind: **Sinken der Wahlbeteiligung** unter 50 Prozent, **Rechtsextremismus** und **mangelnde Problemlösungskompetenz der beiden Volksparteien**.

2. Wie werden sich die Wahlbeteiligung, der Rechtsextremismus und die Problemlösungskompetenz der Parteien bis 2020 entwickeln?

- Auf die Frage, ob die Wahlbeteiligung bei einer Bundestagswahl unter 50 Prozent sinken wird, reagieren die befragten Experten ambivalent. Etwa die Hälfte aller Befragten geht davon aus, dass dies bis 2020 geschehen wird, während die andere Hälfte dies überhaupt nicht oder erst nach 2020 erwartet. Politikexperten rechnen mit dieser Entwicklung eher als Befragte ohne spezielles Expertenwissen.
- Der Rechtsextremismus wird zwar sehr ernst genommen, aber kaum einer rechnet damit, dass eine rechtsextreme Partei irgendwann die 20-Prozent Marke erreichen könnte. Man vertraut vor allem auf gesellschaftliche Gegenbewegungen.

- Über die Hälfte der Experten geht davon aus, dass es bis zum Jahr 2020 Phasen geben wird, in denen drei Viertel der deutschen Bevölkerung beide Volksparteien gleichermaßen unfähig halten, die Probleme der Zukunft zu lösen.

Eintreffen / Nichteintreffen politischer Entwicklungen



Quelle: Deutschland im Umbruch; Delphi-Studie 2004/2005; Konrad-Adenauer-Stiftung

3. Trend: Was kommt mit hoher Wahrscheinlichkeit?

CDU und SPD:

- Absolute Mehrheiten gehörten schon in der Vergangenheit in Deutschland zu den Ausnahmen. Auch in Zukunft rechnet kaum jemand mit einer absoluten Mehrheit einer der beiden Volksparteien bei Bundestagswahlen.
- Das heißt aber nicht, dass die beiden Volksparteien in Zukunft ihre Bedeutung verlieren werden. Für die absehbare Zukunft wird diese Gefahr bei CDU/CSU und SPD nicht gesehen. Zumindest bis 2020 geht nur eine Minderheit der befragten Experten davon aus, dass beide Volksparteien bei einer Bundestagswahl gleichzeitig weniger als 30 Prozent der Stimmen für sich gewinnen können. Bei der letzten Bundestagswahl erreichten die CDU/CSU und SPD zusammen 69,4 Pro-

zent und damit das schlechteste Ergebnis seit 1952. Eine wesentliche Verschärfung dieser Entwicklung sehen die Experten nicht.

- Allerdings wird sich die Position der Volksparteien auch nicht nachhaltig verbessern. Einen deutlichen Zuwachs an Mitgliedern traut man weder der CDU noch der SPD zu. Politisches Engagement findet überwiegend außerhalb der Parteien statt, vor allem in Bürgerinitiativen oder freien Wählergemeinschaften.
- Man traut den Volksparteien zwar zu, bei Wahlen auch weiterhin den größten Teil der Wähler an sich zu binden. Die zunehmende gesellschaftliche Heterogenität wird die strukturelle Basis der Volksparteien noch weiter schmälern. Die schon seit langem zu beobachtende Auflösung von Sozialmilieus, die mit bestimmten Parteien verbunden sind – z. B. die Arbeiter mit der SPD und kirchentreue Katholiken mit der CDU/CSU –, wird sich nach Expertenmeinung weiter fortsetzen.¹⁵ Damit einher geht die weitere emotionale Loslösung der Wähler von Parteien.
- Der Wähler, der sich kurzfristig ohne ideologische Bindungen entscheidet, wird in Zukunft der Normalfall sein. Beschleunigt wird diese Entwicklung durch die zunehmende ideologische Einebnung der Unterschiede zwischen den beiden Volksparteien. Diese Entwicklung wird schon relativ kurzfristig bis 2010 erwartet und von Politikexperten noch deutlicher als von den Befragten insgesamt gesehen.
- Wo ideologische Differenzen verschwinden, gewinnen Personen an Bedeutung. Sie werden in Zukunft für Wahlergebnisse wichtiger sein als Inhalte. Auch diese Entwicklung erwartet man schon bis 2010.

Insgesamt wird die Zukunft der Volksparteien relativ einheitlich eingeschätzt. Bereits bekannte Entwicklungen setzen sich fort, ohne dass mit einer grundsätzlichen, Existenz bedrohenden Krise von CDU und SPD zu rechnen ist.

Die kleineren Parteien

- Von den derzeit im Bundestag vertretenen kleineren Parteien wird den Grünen eine bessere Zukunftsperspektive zugestanden als der FDP. Kaum jemand geht

¹⁵ Vgl. P. Gluchowski/J. Graf/U. v. Wilamowitz-Moellendorff: Sozialstruktur und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland. In: O. W. Gabriel/O. Niedermayer/R. Stöss (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn 2001, S. 181-203.

davon aus, dass die Grünen bis 2020 bei einer Bundestagswahl unter die 5-Prozent-Hürde fallen könnten. Für die FDP erwarten dies dagegen zwei Drittel.

- Dass die PDS bei einer Landtagswahl in den neuen Bundesländern die absolute Mehrheit der Stimmen erringen könnte, wird nicht für wahrscheinlich gehalten.

Das Parteienspektrum:

- Die Mehrheit der Befragten geht davon aus, dass bis 2020 auch mal sechs Parteien im Bundestag vertreten sein könnten. Dabei handelt es sich um einen normalen demokratischen Prozess, dessen Auswirkungen auf das politische System die Experten für unwichtig halten.
- Eine erfolgreiche Partieneugründung könnte noch am ehesten eine Partei sein, die ausschließlich die Interessen der hier lebenden Migranten vertritt. Über die Hälfte der Befragten geht davon aus, dass bis 2020 eine Ausländerpartei entsteht. Von den ausgesprochenen Politikexperten glauben dies sogar 85 Prozent. Vor dem Hintergrund einer Wandlung Deutschlands zu einem Einwanderungsland könnte diese Partei genug Wählerstimmen mobilisieren, um in den Bundestag zu kommen. Voraussetzung wäre allerdings eine Änderung des Wahlrechts oder eine deutlich beschleunigte Einbürgerung.
- Parteien für bestimmte Altersgruppen werden dagegen für nicht erfolgversprechend gehalten. Eine Partei, die ausschließlich die Interessen der Jüngeren vertritt, wird nicht gesehen. Die Interessen der Älteren werden nach Meinung der Experten verstärkt durch die Volksparteien vertreten.

4. Welche Entwicklungen sind nicht sicher zu prognostizieren?

Auch bei der Einschätzung der Zukunft der Parteien sind sich die teilnehmenden Experten in den meisten Punkten weitgehend einig. Unsicherheiten gibt es in der Frage, ob die Wahlbeteiligung bei einer Bundestagswahl unter 50 Prozent sinkt und ob sozialer Friede ein wichtigeres politisches Leitthema sein wird als gesellschaftlicher Wohlstand.

5. Was ist für die Zukunft der Parteien nicht so bedeutsam?

Am unwichtigsten sind die Mitgliederentwicklungen von SPD und CDU sowie die Zukunft der FDP.

6. Wo liegen die Hemmnisse für die Zukunft?

Hindernisse für politische Entwicklungen vermutet man – und das ist eine eher triviale Aussage – vor allem im politischen Raum. Kulturell/gesellschaftliche Gegenbewegungen sehen die Experten am ehesten in der Frage, ob der Rechtsextremismus in Deutschland einen Aufschwung erleben könnte. Dies wird eindeutig verneint. Offenbar geht man davon aus, dass die demokratische Kultur soweit in der deutschen Gesellschaft verwurzelt ist, dass rechtsextremen Parteien der Nährboden weitgehend entzogen ist und diese nicht über den Status einer punktuellen, kurzlebigen Protestpartei hinauskommen.

VII. Werte/Zusammenleben

1. Welches sind die wichtigsten wertebezogenen Themen der Zukunft?

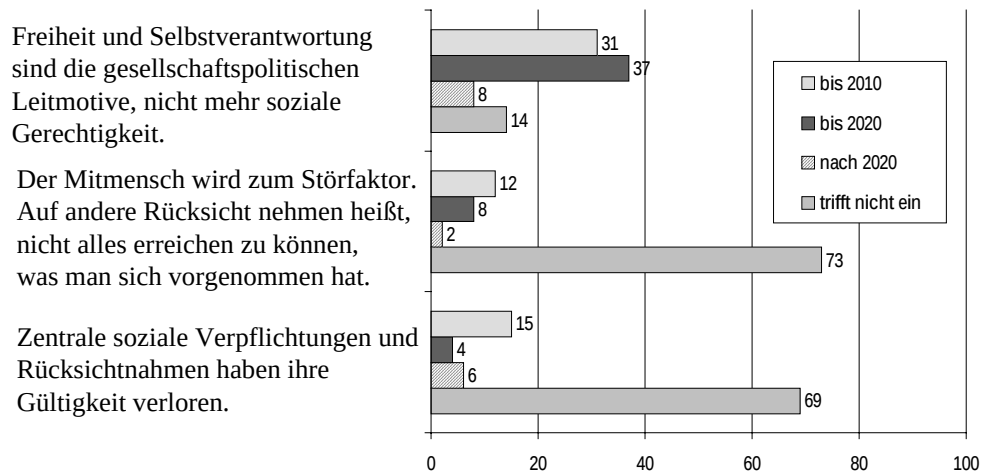
Am wichtigsten ist für die Experten in diesem Themenblock, dass **Freiheit und Selbstverwirklichung** zu gesellschaftspolitischen Leitmotiven werden und die soziale Gerechtigkeit im Gegenzug an Bedeutung verlieren wird. Nachfolgend nennen sie die **Ellbogengesellschaft** (Der Mitmensch wird zum Störfaktor. Auf andere Rücksicht nehmen, heißt, nicht alles erreichen zu können, was man sich vorgenommen hat.) und den **Verlust sozialer Verbindlichkeiten**.

2. Wie werden sich die gesellschaftspolitischen Leitmotive und die sozialen Beziehungen in den nächsten 15 Jahren entwickeln?

- Nach Ansicht der befragten Experten wird die deutsche Gesellschaft einen Paradigmenwechsel erleben. Die soziale Gerechtigkeit wird ihre Bedeutung als gesellschaftspolitisches Leitmotiv einbüßen. An ihrer Stelle werden Freiheit und Selbstverantwortung einen Bedeutungszuwachs erfahren. Diese Entwicklung wird bis 2020 vollzogen sein, wobei Experten mit hohem Fachwissen dies noch deutlicher und schneller erwarten.
- Auch in Zukunft werden wir voraussichtlich in einer lebenswerten Gesellschaft leben. Die Ellbogengesellschaft, in der der Mitmensch zum Störfaktor der eigenen Entwicklung wird, wird nach Ansicht unserer Experten nicht entstehen. Moralische Werte wie Treue und Verantwortung werden ihre Verbindlichkeit nicht verlieren

und soziale Verpflichtungen und Rücksichtnahme werden auch die Gesellschaft in 15 Jahren kennzeichnen.

Eintreffen / Nichteintreffen sozialer Entwicklungen



Quelle: Deutschland im Umbruch; Delphi-Studie 2004/2005; Konrad-Adenauer-Stiftung

3. Trend: Was kommt mit hoher Wahrscheinlichkeit?

- Eine vollkommene Ökonomisierung des menschlichen Lebens erscheint den Experten sehr unwahrscheinlich.
- Allerdings erwartet man eine Zunahme informeller Kontakte, während andererseits die Einbindung in Gruppen abnimmt. Damit setzt sich der Trend zur weiteren Individualisierung fort.
- Als Gegenbewegung gewinnt die Gemeinschaft an Bedeutung und es bilden sich neue Formen der Gemeinschaftsbildung heraus, ohne dass wir sagen können, wie diese aussehen werden.
- Die Freizeit wird den Deutschen auf absehbare Zeit wichtiger sein als die Arbeitszeit.¹⁶

¹⁶ Diese Entwicklung hatten schon 1984 Elisabeth Noelle-Neumann und Burkhard Strümpel beklagt (Macht Arbeit krank? Macht Arbeit glücklich? Eine aktuelle Kontroverse. München/Zürich 1984)

- Mit einem Aufschwung der traditionellen Werte wird nicht gerechnet. Freiheit und Selbstentfaltung werden auch in Zukunft in der Kindererziehung eine größere Rolle spielen als Disziplin und Ordnung.¹⁷ Selbstständigkeit und eigene Meinung werden im Beruf wichtiger bleiben als Disziplin und Pünktlichkeit.

4. Welche Entwicklungen sind nicht sicher zu prognostizieren?

Unsicherheit zeigten die Studienteilnehmer vor allem bei der Einschätzung der Zukunft der christlichen Kirchen.

Fast die Hälfte hält eine Aufwertung christlichen Brauchtums und christlicher Glaubensinhalte für wenig wahrscheinlich, während die andere Hälfte von einer Aufwertung ausgeht. Ähnliches gilt für die Frage, ob die christlichen Kirchen ihren gesellschaftlichen Einfluss behalten werden. Stärker sind die Zweifel, ob sie die Deutungshoheit in Sinnfragen behalten werden. Generell schätzen Experten mit hohem Fachwissen die Zukunft der christlichen Kirchen und ihren gesellschaftliche Einfluss günstiger ein als die anderen Teilnehmer.

5. Wo liegen die Hemmnisse für die Zukunft?

Die Art, wie wir in Zukunft zusammen leben werden, ob in einer lebenswerten, sozialen Gesellschaft oder in einer rücksichtslosen Ellbogengesellschaft, hängt vor allem von kulturell-gesellschaftlichen Bedingungen ab. Das heißt aber auch, dass sich diese Entwicklungen nur begrenzt steuern lassen. Politische Einflussmöglichkeiten sind noch am ehesten beim Wandel der gesellschaftspolitischen Leit motive – weg von der sozialen Gerechtigkeit, hin zu Freiheit und Selbstverantwortung – gegeben.

und daraus angeblich fehlende Leistungsbereitschaft und geringe Arbeitsfreude der Deutschen abgeleitet.

¹⁷ In den 90er Jahren mehrten sich die Anzeichen des Wiedererstarkens traditioneller Werte. Es wurde spekuliert, ob sich der Wertewandel, der sich vor allem Ende der 60er und zu Beginn der 70er Jahre vollzogen hatte, wieder umkehren würde. Im Zuge dieses Wertewandels hatten traditionelle Werte wie Disziplin und Pflichterfüllung einen Bedeutungsverlust erlitten, während gleichzeitige Freiheits- und Entfaltungswerte an Wichtigkeit zugelegt hatten.

C. Zusammenfassung und Perspektiven

Die Experten schätzen einige Entwicklungen höchst unterschiedlich ein. Unterschiedliche Erfahrungshorizonte führen offenbar zu unterschiedlichen Meinungen über zukünftige Entwicklungen. Viele Entwicklungen erscheinen aus heutiger Sicht keineswegs eindeutig und zwangsläufig. Das zeigt aber auch, dass mehrere Entwicklungen denkbar und auch wahrscheinlich sind. Viele Entwicklungen sind – so der Gesamteindruck der Befragung – zumindest teilweise offen und gestaltbar. Zu Fatalismus gibt diese Studie keinen Anlass. Welche Entwicklung tatsächlich eintritt, ist von vielen Faktoren abhängig, von denen politisches Handeln mit Sicherheit einer der wichtigsten ist. Immer noch setzt Politik die Rahmenbedingungen, die Entwicklungschancen befördern oder auch hemmen. Wir sind nicht allen Entwicklungen hilflos ausgeliefert. Dies eröffnet aber auch Chancen: Unerwünschten Entwicklungen kann gegengesteuert werden; erwünschte können gefördert werden.

Wirtschaftliche Entwicklung und Staatsfinanzen

Hinsichtlich der zukünftigen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft teilen fast alle Experten eine positive Einschätzung. Diese halten sie im internationalen Vergleich für wettbewerbsfähig, so dass sie voraussichtlich ihre internationale Position auch in Zukunft weitgehend halten kann.

Die Hoffnungen auf eine kurzfristige Änderung auf dem Arbeitsmarkt sind dagegen gering. Frühestens in 15 Jahren ist mit einer spürbaren Entlastung zu rechnen. Der Grund für diese skeptische Einschätzung liegt darin, dass die Chancen für ein durchgreifendes längerfristiges Wirtschaftswachstums bis 2020 sehr zurückhaltend eingeschätzt werden. Damit setzt sich der Trend der vergangenen zehn Jahre fort. Die deutsche Wirtschaft hält ihre internationale Position auch deshalb, weil sie die Vorteile der Globalisierung ausnutzt und Teile ihrer Produktion in Länder mit niedrigeren Löhnen verlagert. Ein weiterer Grund liegt in der weiter voranschreitenden Technologisierung, die zwar deutliche Produktivitätssteigerungen zur Folge hat, aber keine Arbeitsplätze entstehen lässt.

Die befragten Experten gehen davon aus, dass die zur Zeit diskutierten Reformen notwendig sind und auch durchgeführt werden. Eine Reformblockade sieht man in Deutschland nicht. Diese Reformen scheinen aber nicht ausreichend, um ein durch-

greifendes, längerfristiges Wachstum zu generieren, das zu einem stabilen Anstieg der Beschäftigung führen würde.

Die zurückhaltende Einschätzung des wirtschaftlichen Entwicklungspotenzials wirkt sich natürlich auch auf die Staatsfinanzen aus. Kaum einer der befragten Experten rechnet damit, dass der Staatshaushalt irgendwann ohne Neuverschuldung auskommt. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob ein Staat überhaupt längerfristig eine permanente Verschuldung durchhalten kann, ohne dass ökonomische Anpassungsreaktionen, wie z. B. eine Verschärfung der Inflation, erfolgen.

Für die ostdeutschen Länder wird bis 2020 keine wesentliche Verbesserung der jetzigen Lage erwartet. Das Wirtschaftswachstum wird sich auf einige Regionen konzentrieren, die überdurchschnittlich wirtschaftlich expandieren werden. Für einen selbsttragenden Aufschwung wird dies nicht ausreichen, so dass die ostdeutschen Bundesländer auch weiterhin finanzielle Unterstützung benötigen. Mit Besserung wird erst nach 2020 gerechnet. Damit unterstützen die Experten im Wesentlichen den Zeitrahmen, der dem Solidarpakt II zugrunde liegt. Dieser sieht Unterstützungsleistungen bis 2019 vor, allerdings ab 2005 mit sinkender Tendenz.

Die Lebensverhältnisse zwischen West und Ost werden sich bis 2020 zwar nicht angeglichen haben. Allerdings wird die Abwanderung aus den ostdeutschen Ländern bis 2020 zum Stillstand kommen. Damit äußern sich die von uns befragten Experten deutlich optimistischer als eine jüngst vorgestellte Studie der Kreditanstalt für Wiederaufbau, die auch nach 2020 von weiteren Bevölkerungsverlusten der ostdeutschen Länder ausgeht. Danach wird Ostdeutschland bis 2050 mehr als die Hälfte der erwerbsfähigen Personen verlieren.¹⁸

Welches Szenario letztlich eintrifft, lässt sich derzeit nicht mit Sicherheit voraussagen. Ziemlich sicher hingegen ist, dass der Osten Deutschland zumindest bis 2020 große Teile seines Erwerbspotenzials einbüßt, wodurch die Chancen für einen durchgreifenden wirtschaftlichen Aufschwung deutlich gemindert werden.

Zukunft der Arbeit

Wir werden in Zukunft mehr arbeiten als heute; für viele wird die 42-Stunden-Woche wieder zur Regelarbeitszeit. Doch damit nicht genug: Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit wird trotzdem kommen. Dabei wird die Grenze nicht bei 67 Jahren liegen,

¹⁸ Presseerklärung der KfW Bankengruppe vom 13.10.2005.

wie derzeit diskutiert wird, sondern deutlich darüber hinausgehen. Viele Menschen, die heute im Berufsleben stehen, müssen damit rechnen, dass sie bis zum 70. Lebensjahr arbeiten müssen oder dürfen. Die befragten Experten sind sich nicht ganz einig, ob dieser Schritt bereits bis 2020 vollzogen sein wird oder erst später. Dass er überhaupt nicht kommt, glaubt jedenfalls nur eine Minderheit.

Die Anforderungen an Flexibilität der Arbeitnehmer steigen weiter. Berufsbedingte Umzüge sowie Berufsverläufe mit Unterbrechungen oder das Ausüben mehrerer Berufe im Laufe des Berufslebens werden in den nächsten 15 Jahren eher zur Regel als zur Ausnahme. Das ist auch eine Folge der Ausweitung der befristeten Arbeitsverhältnisse. Ein Trend, der anhalten wird, denn die Unternehmen der Zukunft werden kleiner als heute sein und über eine größere Randbelegschaft ohne feste Anstellung verfügen. Projektarbeit wird bestimmend für das Arbeitsleben.

Hervorstechendes Merkmal ist die weiter voranschreitende Individualisierung der Arbeitsplätze, die durch die Technologisierung ihren Charakter verändern: Virtuelle Büros, Service-Center und „nomadische Arbeit“ werden keine Randphänomene, sondern fester Bestandteil der zukünftigen Arbeitswelt werden. Die Flexibilität nimmt weiter zu. Das Ausüben mehrerer Berufe im Laufe des Berufslebens, unterbrochene Berufsverläufe und die Ausweitung der befristeten Arbeitsverhältnisse bestimmen das berufliche Zukunftsbild ebenso wie Netzwerk- und Projektarbeit. Daher ist es nicht verwunderlich, wenn der Einfluss der Gewerkschaft stark zurückgeht.

Der Arbeitsmarkt wird sich auch insofern ändern, als die Berufstätigkeit von Frauen weiter zunimmt. Sie wird so selbstverständlich werden wie die Berufstätigkeit von Männern. Die Folge wird sein, dass sich der Anteil von Frauen in Führungspositionen stark erhöhen wird. Generell ist von dieser Entwicklung ein Schub für mehr Gleichberechtigung zu erwarten.

Zukunft des Sozialstaats

Die Rente wird in Zukunft nur noch eine Grundsicherung sein. Allerdings wird sie bis 2020 die wichtigste Form der Altersvorsorge bleiben; erst danach wird mehrheitlich damit gerechnet, dass die Leistungen aus der privaten Vorsorge höher sein werden als aus der gesetzlichen Rente. Das bedeutet aber, dass die heute unter 50-Jährigen deutlich mehr für ihre private Vorsorge tun müssen als bisher.

Ähnliches wie für die Rente gilt für die Gesundheit: Das gesetzliche Gesundheitssystem wird mittelfristig nur noch eine medizinische Grundversorgung garantieren

können. Gesundheitsdienstleistungen, die über die Grundversorgung hinausgehen, müssen privat abgesichert werden. Daraus wird sich eine Zwei-Klassen-Medizin entwickeln, was letztlich eine Abhängigkeit der gesundheitlichen Versorgung von den Einkommensverhältnissen bedeutet.

Auch die Sozialhilfe und die damit verbundenen Regelungen wie Arbeitslosengeld II und Sozialgeld werden nicht von Kürzungen verschont bleiben. Schon kurzfristig ist mit einer Vergrößerung des Abstands zwischen dem Niveau der Sozialhilfe (bzw. Arbeitslosengeld II) und den unteren Gehaltsgruppen zu rechnen. Offenbar sehen die Experten das Lohnabstandsgebot nicht gewahrt, nach dem das Arbeitslosengeld II niedriger sein muss als die unteren Gehaltsgruppen. Nach Modellrechnungen wird das Lohnabstandsgebot derzeit aber nur bei Familien mit mindestens drei Kindern nicht eingehalten. Eventuell halten die Experten aber das jetzige Niveau für zu hoch, um genügend Anreize für eine Arbeitsaufnahme zu setzen.

Der Rückbau des Sozialstaats wird nach Meinung der Experten das deutsche Modell der sozialen Marktwirtschaft im Kern nicht in Frage stellen. Die Absenkung von Sozialleistungen bis auf das US-amerikanische Niveau wird nicht erwartet. Weiterhin wird staatliches Handeln versuchen, durch Umverteilung einen sozialen Ausgleich herzustellen, allerdings auf deutlich niedrigerem Niveau als heute.

Demographie/Zuwanderung/Familie

Deutschland wird sich zu einem Einwanderungsland wandeln, das offensiv um qualifizierte Zuwanderer wirbt. Diese Entwicklung wird unsere Gesellschaft verändern. In vielen deutschen Großstädten wird es in Zukunft mehr muslimische als christliche Kinder geben.

Zuwanderung schafft aber auch Probleme. Die Migranten müssen integriert werden, was schon in der Vergangenheit nicht immer gelungen ist. Die Aussichten bei der Integration der zukünftigen Migranten werden zwiespältig beurteilt. Einerseits geht man davon aus, dass durchaus verschiedene ethnische Gruppen in Deutschland friedlich zusammenleben. Sichtbares Zeichen gelungener Integration und politischer Einbindung werden türkischstämmige Bürgermeister sein. Auf der anderen Seite muss mit kulturellen Konflikten gerechnet werden, wobei auch gewalttätige Auseinandersetzungen nicht gänzlich ausgeschlossen werden.

Ob die bisherige ohnehin schon niedrige Geburtenquote noch weiter sinken wird, ist unsicher. Die Mehrheit junger Frauen möchte nach Ansicht der Experten zwar auch

in Zukunft Kinder, der Kinderwunsch wird aber wegen ungünstiger Rahmenbedingungen nicht realisiert.

In einer alternden Gesellschaft wird es nicht nur zu einer Altersverschiebung zu den über 50-Jährigen kommen, sondern auch zu konkreten Veränderungen. Die Wirtschaft wird sich auf die wachsende Nachfrage nach altersgerechten Produkten einstellen, die Städte verändern ihre Population zu mehr älteren Menschen mit steigenden Service-Angeboten, altersgerechten Wohneinheiten und neuen Wohnformen. Mehr ältere Menschen, die die Struktur einer Gesellschaft bestimmen, bedeuten auch eine Verschiebung der Werte von Risikofreude zu Sicherheitsdenken.

Älter werden erhält einen anderen Akzent. Es kommt zu einer positiven und aktiven Kultur des Alterns, auch weil immer mehr ältere Menschen länger berufstätig sein werden.

Langfristige Bevölkerungsprognosen, z. B. von Herwig Birg, gehen davon aus, dass ca. 2070 die Bevölkerung in Deutschland unter 60 Millionen sinkt.¹⁹ Die deutliche Mehrheit der teilnehmenden Experten – auch diejenigen mit hohem Fachwissen in diesem Gebiet – teilen diese pessimistische Sichtweise nicht. Sie gehen davon aus, dass langfristig eine Stabilisierung bei 70 Millionen eintritt.

Die Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs auf die kreative Leistungsfähigkeit schätzt man bis 2020 relativ gering ein.

Zukunft der Parteien

Man traut den beiden Volksparteien zu, auch weiterhin den größten Teil der Wähler an sich zu binden. Zumindest bis 2020 erwarten die befragten Experten nicht, dass beide Volksparteien bei einer Bundestagswahl gleichzeitig weniger als 30 Prozent der Stimmen für sich gewinnen könnten. Allerdings wird sich ihre Position auch nicht nachhaltig verbessern. Absolute Mehrheiten oder eine deutliche Steigerung der Mitgliederzahlen hält man in Zukunft für nahezu ausgeschlossen.

Von den derzeit im Bundestag vertretenen kleineren Parteien wird den Grünen eine bessere Zukunftsperspektive zugestanden als der FDP. Kaum einer geht davon aus, dass die Grünen bis 2020 bei einer Bundestagswahl unter die 5-Prozent-Hürde fallen könnten. Für die FDP erwarten dies dagegen zwei Drittel. Diese positive Einschät-

¹⁹ www.herwig-birg.de; Grundlage: Modellrechnung mit konstantem Wanderungssaldo. Bei anderen Modellrechnungen wird die 60-Millionen-Grenze früher oder später unterschritten.

zung der Zukunft der Grünen ist eine Folge ihres höheren Stammwähleranteils, auf den sie bei Wahlen zuverlässig bauen können. Für die Anhänger der Grünen ist ihre Partei viel stärker als bei der FDP Ausdruck eines bestimmten Lebensstils.

Der Rechtsextremismus gehört zwar zu den wichtigsten Themen, aber kaum jemand rechnet mit einem durchgreifenden Erfolg einer rechtsextremen Partei. Dabei vertraut man sowohl auf politische wie auch auf gesellschaftliche Gegenbewegungen. Offenbar traut man den demokratischen Institutionen zu, mit dieser Gefahr fertig zu werden.

Eine erfolgreiche Parteineugründung könnte noch am ehesten eine Partei sein, die ausschließlich die Interessen der hier lebenden Migranten vertritt. Vor dem Hintergrund einer Wandlung Deutschlands zu einem Einwanderungsland könnte diese Partei genug Wählerstimmen mobilisieren, um in den Bundestag zu kommen. Wollen die traditionellen Parteien dieser Entwicklung gegensteuern, wird es in Zukunft darum gehen, Ausländer wesentlich stärker als bisher politisch einzubinden und ihre Integration zu verbessern.

Werte/Gesellschaft/Zusammenleben

Freiheit und Selbstverantwortung werden nach Ansicht der Experten eine Aufwertung erfahren, soziale Gerechtigkeit wird dagegen als gesellschaftspolitisches Leitmotiv an Bedeutung verlieren. Gesellschaftspolitisch wird die deutsche Gesellschaft damit einen Paradigmenwechsel erleben. Deutschland stünde damit vor einer Zeitenwende, die auch mental den Abschied vom Modell der alten Bundesrepublik bedeuten würde. Dieses war geprägt vom Ausbau des Sozialstaats, der seinen Bürgern vor Risiken des Lebens weitgehend beschützte. Dass dieses Modell unter den veränderten Rahmendingungen, von denen Globalisierung und demographischer Wandel nur die wichtigsten, aber nicht die einzigen sind, in seiner jetzigen Form nicht mehr zukunftstauglich ist, wird zwar von Experten seit langem gesehen. In politischem Handeln hat sich diese Einsicht bislang aber erst sehr zögerlich niedergeschlagen.

Das heißt aber nicht, dass wir in Zukunft eine rücksichtslose, ökonomisierte Gesellschaft erwarten müssen. Wir werden auch in Zukunft in einer lebenswerten Gesellschaft leben. Die Ellbogengesellschaft, in der der Mitmensch zum Störfaktor der eigenen Entwicklung wird, entsteht nach Ansicht der Experten nicht. Moralische Werte, wie Treue und Verantwortung, werden ihre Verbindlichkeit nicht verlieren und soziale Verpflichtungen und Rücksichtnahme werden auch die Gesellschaft in 15 Jahren

kennzeichnen. Soziale Beziehungen werden das bleiben, was sie bis jetzt auch überwiegend sind: Beziehungen zwischen Menschen, die sich nicht auf ökonomische Gesetze reduzieren lassen.

Die beiden christlichen Kirchen haben zwar in der jüngsten Vergangenheit ihre gesellschaftspolitische Bedeutung teilweise eingebüßt. In Fragen der Sinndeutung, Ethik und Moral spielen sie aber nach wie vor eine wichtige gesellschaftliche Rolle und ihre Haltung in diesen Fragen wird auch wahrgenommen. Nach einer repräsentativen Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung wollen sogar zwei Drittel der Bürger, dass sich die Kirchen in ethischen und moralischen Fragen stärker zu Wort melden als bisher.²⁰ Unter den in der Delphi-Studie befragten Experten herrscht in Fragen zur Zukunft der christlichen Kirchen Unsicherheit. Etwa die Hälfte der Experten schreibt den Trend der Vergangenheit – weiterer Bedeutungsverlust – in die Zukunft fort, während die andere Hälfte offenbar von einer Stabilisierung auf dem jetzigen Niveau oder sogar von einer Aufwertung christlichen Brauchtums und christlicher Glaubensinhalte ausgeht. Generell schätzen Experten mit hohem Fachwissen die Zukunft der christlichen Kirchen günstiger ein als die anderen Teilnehmer.

²⁰ Bernhard Vogel (Hrsg.): Religion und Politik – Ergebnisse und Analysen einer Umfrage. Köln 2003, S. 258.

D. Fazit

„Man muss sich nur einmal in Erinnerung rufen, wie die Entwürfe des Lebens im Jahr 2000 noch in den späten sechziger und siebziger Jahren aussahen: wie eine perfekte robotisierte Freizeitwelt, in der wir mit einem Ufo-ähnlichen Privathubschrauber vom Dach unseres Hochhauses starteten, um eine unüberschaubare Stadtlandschaft zu überfliegen, mit Schluchten und Hochstraßen; wie eine Synthese aus rationaler Kälte und eines Le Corbusier und der romantischen Euphorie eines Frank Lloyd Wright.“ (Paul Nolte: Vorwärts in die Moderne, in : Cicero November 2004)

Die Zukunftsvorstellungen der 60er- und 70er Jahre haben sich nicht bewahrheitet. Weder die rationale Nüchternheit eines Le Corbusiers noch die Euphorie eines Frank Lloyd Wright haben unser Leben bestimmt. Eine Hochhausschluchtenlandschaft ist ebenso wenig entstanden, wie es perfekte Freizeitwelten gibt. Stattdessen wurden alte Bauten renoviert oder – wie die Dresdner Frauenkirche oder die Diskussion um das Berliner Schloss zeigt – wieder aufgebaut. Statt einer Freizeitwelt ist Arbeit weiter von entscheidender Bedeutung und Lebensinhalt geblieben mit der Tendenz, zeitlich wieder mehr und nicht weniger zu arbeiten. Dagegen hat die Zukunftsstudie von Robert Jungk aus den 1970er Jahren die Wirklichkeit besser eingeschätzt. Heute gibt es „verbesserte Lernmaschinen“, „verstärkte Weltraumforschung“, eine „zunehmende Urbanisierung“ der Städte, in denen 20 Millionen Menschen leben. Vieles andere – wie z. B. die Wetterkontrolle – hat sich nicht oder nur in Ansätzen erfüllt.

Trotz der Schwierigkeiten, Zukunftsprognosen zu entwickeln, ist das Bestreben ungebrochen, zukünftige Entwicklungen zu prognostizieren. Von großem Interesse ist dies heute vor allem für Unternehmen, über das Kommende zu spekulieren, um ihr Geschäft langfristig zu sichern. Waren die 70er Jahre noch von Zukunftsvorstellungen mit konkreten Bildern besetzt, die Raum für Phantasie ließen, so hat sich die Zukunftsvorstellung aus heutiger Sicht für die nächsten 20 bis 30 Jahre verändert. Ob Ulrich Becks²¹ Zukunftsperspektiven von einer „Utopie des Weniger“ oder Meinhard Miegels²² Prophezeiung „Niedergang des Westens und asiatischer Aufstieg“

²¹ Beck, U.: Die Utopie des Weniger, in: Psychologie Heute, Oktober 2004, S. 32-35.

²² Miegel, M.: Ein Gespenst geht in Europa um, in: FAZ v. 27.8.2005.

oder Herwig Birgs²³ demographische Erkenntnis eines „30 Jahre nach 12“, dass ein demographischer Prozess, der ein Vierteljahrhundert in die falsche Richtung läuft, ein Dreivierteljahrhundert braucht, um gestoppt werden zu können. All diese Betrachtungen folgen einer eher pessimistischen Zukunftsprognose. Zukunftsperspektiven sind überwiegend von Ängsten und vom Verlust des Bestehenden geprägt. Es gibt derzeit keine positiven Zukunftsbilder.

Auch diese vorliegende Delphi-Befragung von namhaften Experten aus Wirtschaft und Gesellschaft zeigt kritisch eine in einigen Teilen offene Zukunft. Sie ist eine Momentaufnahme des gegenwärtigen Expertenwissens, das sie in die Zukunft projiziert.

Ein wichtiger Akzent politischen Handelns ist die Mentalität, das gesellschaftskulturelle Klima. Veränderungen brauchen eine Atmosphäre des Optimismus, sie brauchen Zeit und ohne einen Blick in die Zukunft findet Veränderung nicht statt.

Nach Einschätzung der Experten erwartet uns in den nächsten Jahren und Jahrzehnten eine Fortschreibung des gegenwärtigen Trends mit einer Verschärfung in einigen Bereichen. Die Erwartungssicherheit an Beruf und die traditionelle Struktur der Sozialsysteme werden danach weiter schwinden. Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum werden nicht mehr wie noch im 20. Jahrhundert sicher sein, strukturell verankert und regelmäßig wachsen. Soziale Sicherungssysteme werden nicht mehr Lebenslagen abfangen und in jedem Fall den sozialen Ausgleich garantieren. Der Einzelne und die Einzelne werden zunehmend auf sich selbst gestellt sein. Trotzdem werden wir keine Ellbogengesellschaft werden, in der nur der Stärkere überleben kann.

Die zukünftig dynamische und flexiblere Ökonomie wird bei zunehmender Berufstätigkeit von Frauen stabile und langfristige Bindungen erschweren. Wie andere europäische Länder gezeigt haben, sind Maßnahmen zur verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf von großer Bedeutung für die demographische Entwicklung. Weiterhin wird die zunehmende kulturelle Vielfalt wie auch das zunehmende Ungleichgewicht zwischen alten und jungen Menschen in den nächsten 15 Jahren wachsen. Allerdings wird es nach Ansicht der Experten nicht mittelfristig zu den gefürchteten Generationenkonflikten – wie sie von Herwig Birg gesehen werden – kommen. Jedoch werden die Spannungen durch ethnische Parallelgesellschaften zunehmen und

²³ Birg, H.: Der lange Bremsweg, in: FAZ v. 4.3.2005.

vor allem in Großstädten zu ethnischen Konflikten führen. Ebenso befürchten die Experten das Entstehen einer neuen Unterschicht mit einem neuen Wertesystem, das im Widerspruch zur Gesamtgesellschaft steht. Die Ausdifferenzierung der Gesellschaft schreitet fort und bildet eine neue von der Gesamtgesellschaft abgegrenzte soziale Unterschicht. Auch hier ist mit einer veränderten Integrationspolitik an die politische Gestaltungskraft zu appellieren. Versucht man diese Zukunftserwartungen vor dem Hintergrund einer weiteren Technisierung aller Lebensbereiche zusammenzufassen, dann müssen wir uns sicher von „nivellierten Mittelschichtgesellschaft“, wie sie Helmut Schelsky nach dem zweiten Weltkrieg analysiert hat, verabschieden. Die zukünftige Gesellschaft wird mehr Unsicherheiten und Risiken und mehr ausdifferenzierte Lebenslagen mit sich bringen. Wollen wir diese Szenarien in unserem Sinne gestalten, dann müssen wir die Fähigkeit entwickeln, Politikansätze an diesen Zukunftsszenarien zu spiegeln und daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen und diese auch umzusetzen. Voraussetzung dafür ist, dass Politik ein hohes Maß an Flexibilität und Veränderungsbereitschaft erkennen lässt. Es geht jetzt nicht in erster Linie darum, fertige Gegenmodelle zu entwerfen, sondern Mentalitäten, Fähigkeiten, Einstellungen und Strukturen zu entwickeln, die es uns ermöglichen, „auf die Zukunft vorbereitet zu sein“.

E. Anhang

1. Wozu brauchen wir eine Delphi-Studie?

Angesichts der vorliegenden Studien zur Zukunft Deutschlands stellt sich die Frage: Wozu brauchen wir dann noch eine Delphi-Studie, die ebenfalls ein Prognoseinstrument ist? Ein großer Teil der Prognosen aus der Vergangenheit hat die Wirklichkeit nicht hinreichend abgebildet. Dies liegt nicht zuletzt an der speziellen Natur gesellschaftlicher Entwicklungen, auf die eine Vielzahl von Faktoren einwirkt, was eine Prognose deutlich erschwert. Z. B. kann eine Prognose Gegenreaktionen auslösen, die ihr Eintreffen verhindern.

Wir haben versucht, die Delphi-Methode zur Abschätzung wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen einzusetzen. Die Anwendung auf derartige Fragestellungen ist unseres Wissens in Deutschland noch nicht vorgenommen worden, so dass wir weitgehend Neuland betreten. Eine Studie auf der Grundlage der Delphi-Methode ist schon aufgrund ihrer Anlage nicht mit einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zu vergleichen. Sie liefert qualifizierte Einschätzungen über zukünftige Entwicklungen, erlaubt aber keine Aussagen über die öffentliche Meinungslage. Es wurden hoch qualifizierte Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft, privaten Forschungsinstituten und aus der Politik angeschrieben. Aufgrund des einbezogenen Personenkreises reichen die Einschätzungen weit über persönliche Meinungsäußerungen hinaus. Es handelt sich um hoch qualifizierte Personen, die zahlreiche Entwicklungen, um die es in dem Fragebogen geht, maßgeblich selbst mitgestalten und deren Urteil auf fundierten Kenntnissen beruht.

Der Fragebogen wurde thematisch gegliedert in:

- Arbeit/Wirtschaft
- Gesellschaft/Soziales
- Familie/Frauen
- Ausländer/Integration
- Demographie
- Ostdeutschland
- Politik und
- Werte

Den Teilnehmern der Studie wurde in jedem Teilbereich eine Reihe von Aussagen vorgegeben, deren Wichtigkeit und Eintreffwahrscheinlichkeit sie einschätzen sollten. Außerdem sollten sie ihre eigene Fachkompetenz in dem jeweiligen Thema einschätzen sowie etwaige Realisierungshemmnisse benennen. Jede Aussage steht für eine mögliche Entwicklung und stützt sich so weit wie möglich auf die bekannte Literatur. Da nicht selten mehrere Entwicklungen denkbar und auch ähnlich plausibel sind, mussten teilweise gegensätzliche Aussagen formuliert werden. Dass auch Experten nicht selten unterschiedliche Meinungen vertreten, zeigte sich in ihrem Antwortverhalten. Die Eintreffwahrscheinlichkeit einiger Entwicklungen wurde sehr unterschiedlich eingeschätzt, was aber auch ein Indiz dafür ist, dass mehrere Entwicklungen denkbar und auch ähnlich wahrscheinlich sind.

Aufgezeigt werden auf der Grundlage der Delphi-Methode wahrscheinliche Entwicklungen oder Entwicklungsmöglichkeiten, was für politische Entscheidungen sehr wertvoll sein kann. Eine thematische Einschränkung ergab sich durch die Länge des Fragebogens. In der erste Welle umfasste dieser 130 Aussagen, womit – und das ergab sich aus den Rückmeldungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer – die maximale Grenze schon überschritten war. Wir danken den Teilnehmern, die sich von dem umfangreichen Fragebogen nicht abschrecken ließen, an dieser Stelle ausdrücklich für ihre Teilnahme. Der von uns gewählte Ansatz will keineswegs den Anspruch erheben, die gesamte Entwicklung Deutschlands abzubilden. Wir haben uns vor allem auf innenpolitische Fragen beschränkt.

Teilweise stehen die Aussagen als Indikatoren für komplexe Entwicklungen. Ein Beispiel: Die Aussage „Die beiden Volksparteien erreichen bei eine Bundestagswahl jeweils weniger als 30 Prozent“ steht nicht allein für ein außerordentlich schlechtes Abschneiden der beiden großen Parteien, sondern ist ein Indikator für die Zukunft der Volksparteien. Wenn beide zusammen es nicht schaffen, ein gewisses Mindestmaß der Wähler an sich zu binden, wäre die Zukunft der Volksparteien grundsätzlich bedroht.

Die Zahl der Befragungswellen wurde auf zwei beschränkt, da weitere Wellen keine deutliche Verbesserung des Ergebnisses bringen und auch die Teilnahmebereitschaft danach deutlich sinkt. Da der Fragebogen der ersten Welle sehr lang war, haben wir aufgrund der Rückmeldungen in der zweiten Welle den Fragebogen auf die wichtigsten Statements reduziert. Nur die Aussagen wurden aufgenommen, die in der ersten Welle mindestens 60 Prozent der Teilnehmer für sehr wichtig hielten.

Diese Reduktion war notwendig, um in der zweiten Welle noch einen aussagekräftigen Rücklauf zu erreichen.²⁴ Wir sind damit zwar vom ursprünglichen Design der Delphi-Methode geringfügig abgewichen, haben aber den Ansatz in allen wesentlichen Punkten beibehalten. Allerdings erwies es sich, dass ein Ziel der Delphi-Methode, nämlich die Konsensbildung unter den Teilnehmern, nicht in allen Punkten erreicht wurde. Das liegt mit Sicherheit ganz wesentlich an der Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, bei denen es sich um ausgewiesene Fachleute handelt, die in der Regel über ausgeprägte und fundierte Meinungen verfügen. Insgesamt waren 140 Personen angeschrieben worden. An der ersten Welle beteiligten sich 54 Personen, an der zweiten Welle 40 Personen. Damit haben wir eine Beteiligung erreicht, die in der Literatur als optimal angesehen wird und die in Delphi-Studien als Standard gilt.²⁵ Es kommt bei einer Delphi-Studie nicht auf die Repräsentativität, sondern auf die Auswahl der Experten an.

Die Auswertung sowie die im Text eingebundenen Grafiken stützen sich vor allem auf die erste Befragungswelle. Grundsätzlich ergab die zweite Welle keine wesentlich abweichenden Ergebnisse. Wenn die Meinungen der Teilnehmer mit hohem Expertenwissen oder die Ergebnisse der zweiten Befragungswelle davon deutlich abweichen, haben wir dies im Text vermerkt. Im Übrigen sind die Gesamtergebnisse im Anhang dokumentiert.

2. Fragebogen und Ergebnisse

Im Folgenden sind der Fragebogen sowie die Ergebnisse der beiden Befragungswellen zusammengestellt. Bei den angegebenen Werten handelt es sich um Prozentwerte.

Die oberste Zahlenreihe enthält die Ergebnisse der ersten Befragungswelle. In der mittleren Zahlenreihe sind nur die Experten enthalten, die sich in dem jeweiligen Thema hohes Expertenwissen bescheinigten. Die dritte Zahlenreihe enthält die Ergebnisse der zweiten Befragungswelle. In die zweite Welle gingen nur noch die Themen ein, die in der ersten Welle von mindestens 60 Prozent der Experten als sehr wichtiges Thema bezeichnet worden waren.

²⁴ Andere Möglichkeiten der Variablenreduktion, etwa durch eine Faktorenanalyse, mussten dagegen verworfen werden, da dadurch zentrale Aussagen in der zweiten Welle entfallen wären.

²⁵ Michael und Sabine Häder: Die Grundlagen der Delphi-Methode. ZUMA-Arbeitsbericht Nr. 94/2, März 1994.

Statement (Frage)		Einschätzung der eigenen Kenntnis			Wichtigkeit des Themas		
		groß	mittel	gering	groß	mittel	gering
I Arbeit / Wirtschaft							
1	Die Deutschen arbeiten bis zum 70. Lebensjahr.	47,2	39,6	13,2	75,5 88,0	18,9 12,0	3,8 0
		47,6	45,2	7,1	85,7	14,3	0
2	Die meisten Arbeitsverhältnisse werden befristet abgeschlossen.	43,4	50,9	5,7	56,6 52,2	39,6 43,5	3,8 4,3
3	Geradlinige berufliche Lebensläufe ohne Unterbrechungen sind Ausnahmen.	50,9	41,5	3,8	50,9 55,6	43,4 40,7	1,9 3,7
4	Im Laufe des Berufslebens werden mehrere Berufe ausgeübt.	45,3	49,1	5,7	52,8 58,3	39,6 33,3	7,5 8,3
5	In Deutschland entstehen fünf Jahre hintereinander mehr Arbeitsplätze als verloren gehen.	37,7	32,1	26,4	90,6 85,0	7,5 15,0	0 0
		38,1	45,2	16,7	95,2	4,8	0
6	Deutschland hat sich vom Produktionsstandort zum Markt entwickelt.	26,4	39,6	30,2	45,3 71,4	43,4 28,6	1,9 0
7	Zunehmende Ausgaben für die private Alterssicherung führen zu einem Rückgang der Konsumausgaben.	43,4	41,5	15,1	52,8 52,2	35,8 34,8	9,4 13,0
8	Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit liegt bei 42 Stunden.	43,4	49,1	7,5	41,5 56,5	50,9 39,1	3,8 0
9	Die Arbeitslosigkeit sinkt unter zwei Millionen.	39,6	32,1	28,3	92,5 95,2	7,5 4,8	0 0
		47,6	33,3	19,0	90,5	4,8	2,4
10	Es gibt zwei Arbeitsmärkte: Einen für gut und hoch Qualifizierte und einen öffentlich geförderten für gering Qualifizierte.	41,5	43,4	15,1	56,6 68,2	39,6 27,3	1,9 0
11	Fast jede/r Arbeitnehmer/in zieht im Laufe ihres/seines Lebens beruflich bedingt mehrmals um.	41,5	47,2	9,4	26,4 31,8	58,5 50,0	15,1 18,2
12	Die deutsche Wirtschaft hält im internationalen Vergleich ihre Position.	35,8	47,2	13,2	77,4 84,2	20,8 10,5	1,9 5,3
		35,7	42,9	21,4	78,6	21,4	0
13	Der Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer wird aufgehoben.	28,3	45,3	24,5	37,7 33,3	47,2 46,7	13,2 20,0
14	Das Arbeitsleben wird durch Projektarbeit dominiert.	28,3	47,2	20,8	11,3 33,3	50,9 60,0	34,0 6,7
15	Wirtschaftliches Wachstum findet in Deutschland nur noch in einigen Ballungszentren statt.	34,0	43,4	20,8	60,4 66,7	28,3 22,2	7,5 5,6
		28,6	45,2	26,2	54,8	45,2	0
16	Unternehmen sind kleiner als heute mit einer größeren Randbelegschaft ohne feste Anstellung.	24,5	45,3	28,3	28,3 46,2	52,8 46,2	17,0 7,7

Trifft ein/nicht ein				Mögliche Realisierungshemmnisse					Kommentar
bis 2010	bis 2020	nach 2020	trifft nicht ein	kulturelle/ gesellschaftl.	wirtschaftliche	juristische	europäische/ internationale	politische	
1,9 4,0 4,8	35,8 32,0 38,1	37,7 44,0 38,1	24,5 20,0 16,7	45,3 44,0 59,5	28,8 36,0 14,3	3,8 4,0 2,4	0 0 2,4	49,1 36,0 50,0	
22,6 21,7	28,3 26,1	11,3 17,4	37,7 34,8	32,1 26,1	18,9 21,7	30,2 34,8	3,8 0	50,9 43,5	
32,1 37,0	35,8 40,7	17 14,8	13,2 7,4	30,2 29,6	18,9 18,5	1,9 0	0 0	7,5 3,7	
37,7 50,0	26,4 20,8	26,4 16,7	5,7 8,3	32,1 25,0	13,2 8,3	1,9 0	0 0	9,4 4,2	
13,2 10,0 4,8	32,1 40,0 31,0	13,2 15,0 7,1	39,6 35,0 54,8	3,8 0 9,5	47,2 50,0 71,4	9,4 10,0 0	11,3 0 4,8	35,8 50,0 38,1	
13,2 14,3	20,8 28,6	11,3 14,3	43,4 42,9	9,4 7,1	35,8 42,9	3,8 7,1	11,3 7,1	17,0 14,3	
54,7 43,5	13,2 13,0	5,7 4,3	24,5 34,8	13,2 13,0	32,1 30,4	1,9 4,3	0 0	9,4 8,7	
41,5 56,5	26,4 21,7	9,4 13,0	20,8 8,7	30,2 26,1	20,8 13,0	9,4 4,3	0 0	37,7 39,1	
7,5 9,5 2,4	22,6 4,8 23,8	32,1 33,3 26,2	35,8 47,6 47,6	13,2 19,0 16,7	49,1 47,6 69,0	7,5 0 4,8	15,1 4,8 16,7	37,7 42,9 40,5	
41,5 45,5	34,0 36,4	9,4 0	11,3 9,1	18,9 13,6	20,8 22,7	3,8 4,5	5,7 4,5	28,3 22,7	
34,0 50,0	37,7 31,8	5,7 4,5	20,8 13,6	49,1 54,5	17,0 0	1,9 4,5	0 0	5,7 0	
32,1 26,3 38,1	20,8 26,3 21,4	3,8 5,3 2,4	37,7 36,8 33,3	15,1 21,1 4,8	45,3 52,6 50,0	7,5 5,3 0	18,9 5,3 19,0	35,8 52,6 35,7	
28,3 46,7	35,8 26,7	5,7 0	18,9 20,0	34,0 20,0	7,5 0	24,5 26,7	1,9 0	54,7 66,7	
20,8 26,7	30,2 40,0	5,7 13,3	35,8 20,0	20,8 13,3	24,5 6,7	7,5 6,7	1,9 0	7,5 0	
11,3 11,1 19,0	20,8 22,2 16,7	18,9 16,7 4,8	43,4 50,0 54,8	13,2 16,7 9,5	30,2 22,2 52,4	3,8 0 0	9,4 0 4,8	18,9 22,2 26,2	
26,4 38,5	32,1 30,8	15,1 15,4	20,8 15,4	17,0 23,1	28,3 30,8	15,1 15,4	7,5 0	18,9 15,4	

Statement (Frage)		Einschätzung der eigenen Kenntnis			Wichtigkeit des Themas		
		groß	mittel	gering	groß	mittel	gering
17	Betriebe trennen sich schneller von weniger leistungsfähigen Mitarbeitern.	32,1	52,8	13,2	54,7 76,5	43,4 23,5	0 0
18	Das amerikanische Prinzip der „hire and fire“ setzt sich auch in Deutschland durch.	37,7	35,8	24,5	45,3 80,0	43,4 20,0	7,5 0
19	Der Flächentarifvertrag verliert seine Gültigkeit.	22,6	58,5	17,0	52,8 75,0	41,5 16,7	1,9 0
20	Die Wissensgesellschaft schließt Menschen mit geringen intellektuellen Fähigkeiten und materiellen Möglichkeiten aus.	47,2 59,5	39,6 35,7	11,3 4,8	69,8 80,0 78,6	26,4 20,0 19,0	1,9 0 2,4
21	Die eigentliche Produktivitätsreserve sind ‚soft factors‘ (soziale Techniken).	43,4	41,5	13,2	34,0 52,2	56,6 43,5	5,7 4,3
22	Das Wohlstandsniveau sinkt auf das Niveau der 80er Jahre.	39,6 35,7	37,7 50,0	22,6 14,3	67,9 76,2 73,8	28,3 23,8 23,8	1,9 0 2,4
23	Information- und Kommunikationstechniken durchdringen alle Lebensbereiche, beinahe alle Produkte werden mit Intelligenz ausgestattet.	35,8	43,4	17,0	35,8 73,7	50,9 26,3	7,5 0
24	Arbeit findet vor allem in Netzwerken statt.	28,3	49,1	17,0	13,2 26,7	56,6 66,7	20,8 6,7
25	Arbeitsplätze verändern ihren Charakter: Virtuelle Büros, Service-Center, Heimarbeitsplätze und nomadische Arbeit stellen 30 Prozent der Arbeitsplätze.	24,5	58,5	15,1	35,8 69,2	47,2 30,8	13,2 0
26	Der drastische Rückgang an Erwerbspersonen führt zu einem Rückgang an Humankapital auf fast allen Gebieten.	50,9 50,0	32,1 38,1	9,4 9,5	67,9 96,3 76,2	17,0 0 19,0	7,5 3,7 0
27	Der Staatshaushalt kommt ohne Neuverschuldung aus.	37,7 33,3	28,3 35 38,1	34,0 28,6	67,9 80,0 64,3	24,5 20,0 31,0	5,7 0 2,4
28	Das wirtschaftliche Wachstum liegt drei Jahre hintereinander über drei Prozent.	37,7 26,2	34,0 47,6	28,3 26,2	67,9 85,0 66,7	22,6 10,0 26,2	5,7 0 2,4
29	Die Lohnnebenkosten sinken unter 40 Prozent.	37,7 35,7	35,8 40,5	24,5 23,8	62,3 75,0 73,8	28,3 10,0 19,0	5,7 10,0 4,8
30	Internationale Abkommen vermeiden Nachteile der globalisierten Weltwirtschaft für Entwicklungsländer.	22,6	39,6	34,0	50,9 58,3	35,8 33,3	3,8 0
II Gesellschaft / Soziales							
31	Die Rente ist nur noch eine Grundsicherung.	47,2 47,6	39,6 45,2	13,2 7,1	83,0 96,0 85,7	9,4 4,0 14,3	0 0 0
32	Die berufliche Position hat ihre Bedeutung für den sozialen Status verloren.	37,7	52,8	7,5	11,3 20,0	52,8 55,0	28,3 20,0

Trifft ein/nicht ein				Mögliche Realisierungshemmnisse					Kommentar
bis 2010	bis 2020	nach 2020	trifft nicht ein	kulturelle/gesellschaftl.	wirtschaftliche	juristische	europäische/internationale	politische	
52,8 52,9	39,6 41,2	0 0	0 0	18,9 11,8	9,4 5,9	45,3 35,3	3,8 0	37,7 41,2	
13,2 30,0	32,1 20,0	7,5 5,0	43,4 45,0	34,0 45,0	13,2 15,0	34,0 25,0	1,9 0	39,6 40,0	
24,5 33,3	49,1 50,0	9,4 0	9,4 16,7	30,2 8,3	5,7 8,3	15,4 25,0	1,9 8,3	56,6 58,3	
13,2 16,0 40,5	28,3 20,0 14,3	1,9 4,0 4,8	47,2 56,0 40,5	34,0 40,0 45,2	15,1 20,0 19,0	3,8 4,0 0	1,9 4,0 4,8	30,2 28,0 28,6	
17,0 8,7	34,0 47,8	0 0	43,4 43,5	30,2 43,5	24,5 21,7	1,9 0	0 0	3,8 4,3	
34,0 33,3 40,5	24,5 4,8 26,2	5,7 9,5 4,8	32,1 47,6 28,6	7,5 4,8 14,3	32,1 28,6 40,5	1,9 4,8 0	1,9 4,8 11,9	17,0 4,8 23,8	
18,9 31,6	54,7 57,9	11,3 10,5	11,3 0	15,1 10,5	18,9 10,5	13,2 10,5	3,8 5,3	7,5 0	
9,4 20,0	43,4 60,0	5,7 13,3	26,4 0	30,2 26,7	18,9 13,3	5,7 0	1,9 0	1,9 0	
9,4 23,1	54,7 38,5	18,9 23,1	11,3 7,7	32,1 30,8	18,9 15,4	9,4 0	1,9 7,7	13,2 15,4	
5,7 3,7 14,3	20,8 25,9 16,7	30,2 44,4 26,2	34,0 22,2 40,5	7,5 3,7 31,0	20,8 11,1 16,7	1,9 3,7 0	5,7 0 9,5	9,4 11,1 21,4	
1,9 0 4,8	15,1 15,0 23,8	15,1 10,0 7,1	62,3 65,0 64,3	7,5 10,0 4,8	32,1 20,0 45,2	1,9 5,0 4,8	9,4 10,0 2,4	56,6 50,0 57,1	
7,5 10,0 4,8	37,7 45,0 31,0	9,4 10,0 14,3	37,7 30,0 42,9	3,8 5,0 9,5	41,5 35,0 54,8	3,8 5,0 4,8	9,4 0 14,3	39,6 45,0 40,5	
9,4 10,0 19,0	41,5 35,0 38,1	9,4 5,0 4,8	32,1 45,0 33,3	24,5 35,0 31,0	18,9 25,0 26,2	7,5 10,0 4,8	5,7 10,0 2,4	62,3 60,0 73,8	
2	33	15	38	13,2 25,0	30,2 25,0	0 0	26,4 50,0	39,6 33,3	Fehlt noch Tr
9,4 8,0 14,3	62,3 56,0 50,0	24,5 32,0 26,2	1,9 4,0 9,5	20,8 28,0 33,3	5,7 8,0 16,7	9,4 12,0 7,1	1,9 0 2,4	43,4 44,0 54,8	
0 0	7,5 15,0	3,8 0	83,0 80,0	50,9 60,0	15,1 15,0	0 0	0 0	5,7 5,0	

Statement (Frage)		Einschätzung der eigenen Kenntnis			Wichtigkeit des Themas		
		groß	mittel	gering	groß	mittel	gering
33	30 Prozent der Deutschen verfügen über weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens der Gesamtbevölkerung.	20,8	52,8	24,5	52,8 81,8	43,4 18,2	0 0
34	Die deutsche Gesellschaft ist nicht bereit, notwendige Reformen zu akzeptieren.	45,3 64,3	45,3 33,3	7,5 2,4	81,1 95,8 88,1	13,2 0 7,1	1,9 0 4,8
35	Das Gesundheitssystem hat sich zu einer Zwei-Klassen-Medizin entwickelt.	32,1	50,9	13,2	54,7 76,5	37,7 23,5	1,9 0
36	Gesundheitsdienstleistungen, die über die Grundversorgung hinausgehen, werden privat abgesichert.	37,7	50,9	11,3	54,7 85,0	41,5 15,0	1,9 0
37	Die gesetzlichen Krankenkassen garantieren nur noch eine Grundversorgung.	43,4 47,6	41,5 42,9	15,1 9,5	66,0 91,3 76,2	30,2 8,7 21,4	1,9 0 0
38	Die Leistungen aus der privaten Altersvorsorge sind höher als diejenigen aus der gesetzlichen Rentenversicherung.	32,1	49,1	18,9	47,2 64,7	47,2 35,3	3,8 0
39	Die Polarisierung zwischen Menschen mit und ohne Kindern führt zu Verteilungskämpfen.	41,5	43,4	13,2	43,4 72,7	37,7 22,7	13,2 0
40	Es sind neue Unterschichtenmilieus mit Wertesystemen entstanden, die im Widerspruch zur Gesamt-Gesellschaft stehen.	35,8 47,6	45,3 40,5	18,9 9,5	60,4 73,7 54,8	30,2 21,1 35,7	7,5 5,3 7,1
41	Ethnische Parallelgesellschaften haben sich etabliert und eigene Institutionen geschaffen.	30,2 40,5	50,9 38,1	18,9 19,0	62,3 81,3 54,8	34,0 18,8 35,7	3,8 0 7,1
42	Hohe Einkommen werden steuerlich zu mehr als 50 Prozent belastet.	30,2	50,9	18,9	37,7 56,3	52,8 43,8	9,4 0
43	Der Spitzensteuersatz für hohe Einkommen wird auf 35 Prozent gesenkt.	26,4	52,8	20,8	37,7 57,1	49,1 42,9	13,2 0
44	Der Abstand zwischen Sozialhilfe und den unteren Gehaltsgruppen wird durch gesetzliche Maßnahmen vergrößert.	34,0	47,2	18,9	56,6 61,1	39,6 38,9	1,9 0
45	Der erweiterte Lernbedarf kostet so viel Zeit und Geld, dass er von vielen nicht aufgebracht werden kann.	35,8	50,9	13,2	49,1 63,2	41,5 36,8	7,5 0
46	Die für das lebenslange Lernen erforderliche Selbstmotivation überfordert bildungsferne Schichten.	47,2	39,6	11,3	54,7 64,0	35,8 36,0	5,7 0
47	Soziale Leistungen werden auf amerikanische Verhältnisse reduziert.	30,2	49,1	20,8	58,5 87,5	30,2 12,5	7,5 0
48	Soziale Auf- und Abstiege haben sich gegenüber dem heutigen Niveau verdoppelt.	26,4	45,3	24,5	24,5 50,0	50,9 50,0	13,2 0

Trifft ein/nicht ein				Mögliche Realisierungshemmnisse					Kommentar
bis 2010	bis 2020	nach 2020	trifft nicht ein	kulturelle/ gesellschaftl.	wirtschaftliche	juristische	europäische/ internationale	politische	
15,1 27,3	26,4 45,5	5,7 0	41,5 27,3	15,1 18,2	22,6 0	1,9 0	0 0	34,0 36,4	
24,5 25,0 33,3	7,5 8,3 9,5	1,9 0 0	52,8 58,3 52,4	32,1 37,5 45,2	5,7 4,2 9,5	1,9 0 0	1,9 4,2 0	28,3 37,5 38,1	
30,2 23,5	37,7 41,2	7,5 5,9	13,2 17,6	18,9 17,6	5,7 11,8	3,8 5,9	1,9 0	37,7 52,9	
45,3 40,0	43,4 45,0	5,7 10,0	1,9 5,0	18,9 10,0	15,1 25,0	5,7 5,0	0 0	37,7 40,0	
43,4 43,5 23,8	43,4 39,1 40,5	3,8 8,7 19,0	5,7 8,7 14,3	13,2 13,0 19,0	13,2 17,4 11,9	7,5 8,7 4,8	1,9 4,3 0	43,4 43,5 52,4	
1,9 5,9	28,3 17,6	50,9 58,8	13,2 5,9	11,3 5,9	15,1 17,6	3,8 0	0 0	41,5 17,6	
22,6 27,3	15,1 13,6	11,3 18,2	43,4 36,4	32,1 36,4	11,3 4,5	7,5 4,5	1,9 0	20,8 27,3	
20,8 21,1 40,5	43,4 52,6 23,8	3,8 0 11,9	26,4 21,1 19,0	39,6 31,6 54,8	11,3 10,5 14,3	0 0 0	5,7 0 7,1	30,2 21,1 31,0	
34,0 50,0 33,3	30,2 18,8 35,7	9,4 0 9,5	22,6 25 14,3	37,7 43,8 47,6	9,4 12,5 7,1	9,4 12,5 14,3	7,5 18,8 9,5	41,5 43,8 35,7	
5,7 12,5	9,4 12,5	1,9 6,3	77,4 68,8	13,2 6,3	37,7 62,5	3,8 0	13,2 31,3	45,8 50,0	
17,0 14,3	34,0 14,3	11,3 14,3	34,0 50,0	20,8 28,6	13,2 7,1	1,9 0	5,7 7,1	52,8 64,3	
52,8 72,2	24,5 16,7	1,9 0	11,3 5,6	17,0 22,2	9,4 5,6	7,5 5,6	1,9 0	47,2 38,9	
26,4 36,8	17,0 21,1	5,7 0	41,5 31,6	24,5 21,1	13,2 10,5	3,8 0	0 0	22,6 21,1	
47,2 48,0	15,1 12,0	1,9 0	18,9 24,0	37,7 40,0	5,7 8,0	0 0	0 0	20,8 16,0	
5,7 6,3	11,3 6,3	17,0 25,0	62,3 62,5	28,3 18,8	11,3 0	5,7 6,3	3,8 6,3	45,3 31,3	
0 0	37,7 50,0	9,4 14,3	37,7 21,4	28,3 21,4	24,5 28,6	1,9 0	1,9 0	28,3 14,3	

Statement (Frage)		Einschätzung der eigenen Kenntnis			Wichtigkeit des Themas		
		groß	mittel	gering	groß	mittel	gering
49	Das Ziel der Umverteilung zum sozialen Ausgleich ist kein politisches Leitmotiv mehr.	37,7	49,1	13,2	56,6 90,0	37,7 10,0	1,9 0
50	Deutsche Universitäten gehören weiterhin zur internationalen Elite.	43,4	49,1	7,5	73,6 82,6	18,9 17,4	1,9 0
		57,1	35,7	7,1	73,8	23,8	2,4
51	Bei einem internationalen Vergleich von Schülerleistungen liegen deutsche Schüler in der Spitzengruppe.	28,8	53,8	15,4	75,0 93,3	21,2 6,7	0 0
		38,1	45,2	16,7	76,2	21,4	0
III Familie / Frauen							
52	40 Prozent der Frauen haben keine Kinder.	48,1	36,5	15,4	84,6 88,0	13,5 12,0	0 0
		52,4	35,7	11,9	90,5	9,5	0
53	Es kommt zu Spannungen zwischen den Generationen.	48,1	36,5	11,5	50,0 68,0	42,3 32,0	1,9 0
54	Die Arbeitgeber entwickeln spezielle Angebote für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit Kindern.	40,4	44,2	15,4	61,5 76,2	32,7 23,8	1,9 0
		50,0	35,7	14,3	76,2	23,8	0
55	Es werden Gesetze erlassen, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sicher zu stellen.	36,5	46,2	15,4	59,6 78,9	32,7 21,1	3,8 0
56	Fast alle Frauen sind - ebenso wie die Männer - erwerbstätig.	46,2	40,4	11,5	55,8 75,0	42,3 25,0	0 0
57	Die traditionelle Familie (Ehepaar, leibliche(s) Kind(er)) gelangt in eine Minderheitenposition.	40,4	48,1	9,6	36,5 47,6	42,3 28,6	17,3 23,8
58	Die Mehrheit junger Frauen will keine Kinder.	38,5	40,4	17,3	67,3 85,0	25,0 5,0	3,8 10,0
		45,2	40,5	14,3	78,6	19,0	0
59	Die lebenslange Ehe hat ihre Leitbildfunktion verloren.	46,2	46,2	5,8	36,5 45,8	34,6 33,3	25,0 20,8
60	Aufgrund familien- und sozialpolitischer Förderprogramme kommt es zu einem Anstieg der durchschnittlichen Kinderzahl auf 1,8 Kinder je Frau.	46,2	40,4	13,5	76,9 87,5	21,2 12,5	0 0
		50,0	33,3	16,7	78,6	21,4	0
61	Über die Hälfte der Kinder werden nicht in traditionellen Familien geboren.	38,5	44,2	17,3	30,8 50,0	46,2 25,0	21,2 25,0
62	Der Frauenanteil in leitenden Positionen hat sich gegenüber heute verdoppelt.	34,6	51,9	11,5	46,2 72,2	44,2 22,2	5,8 5,6
IV Ausländer / Integration							
63	Deutschland ist ein Einwanderungsland geworden, das offensiv um qualifizierte Zuwanderer wirbt.	42,3	50,0	7,7	57,7 72,7	38,5 27,3	0 0

Trifft ein/nicht ein				Mögliche Realisierungshemmnisse					Kommentar
bis 2010	bis 2020	nach 2020	trifft nicht ein	kulturelle/gesellschaftl.	wirtschaftliche	juristische	europäische/internationale	politische	
7,5 5,0	17,0 5,0	3,8 5,0	64,2 75,0	35,8 45,0	7,5 5,0	5,7 10,0	3,8 5,0	52,8 55,0	
20,8 30,4	39,6 26,1	13,2 13,0	18,9 21,7	17,0 21,7	9,4 0	3,8 4,3	1,9 4,3	39,6 30,4	
16,7	33,3	16,7	21,4	26,2	7,1	2,4	7,1	64,3	
9,6 13,3	34,6 26,7	26,9 20,0	26,9 40,0	32,7 40,0	7,7 0	0 0	5,8 0	39,2 28,6	
2,4	40,5	19,0	35,7	47,6	7,1	0	2,4	45,2	
17,3 24,0	28,8 28,0	3,8 4,0	46,2 44,0	40,4 32,0	17,6 12,0	0 0	1,9 4,0	26,9 32,0	
19,0	31,0	9,5	40,5	71,4	28,6	0	0	16,7	
17,3 20,0	19,2 32,0	25,0 20,0	30,8 28,0	34,6 36,0	11,5 8,0	2,0 4,0	0 0	25,5 32,0	
55,8 61,9	34,6 33,3	5,8 4,8	0 0	15,4 9,5	51,9 47,6	3,8 4,8	0 0	5,8 9,5	
50,0	42,9	2,4	4,8	11,9	57,1	4,8	2,4	9,5	
55,8 68,4	19,2 21,1	3,8 0	13,5 10,5	9,6 0	25,0 21,1	3,8 5,3	0 0	32,7 36,8	
5,8 4,2	38,5 50,0	34,6 29,2	17,3 16,7	36,5 41,7	25,0 8,3	0 0	0 0	15,4 16,7	
1,9 4,8	23,1 19,0	11,5 23,8	57,7 47,6	38,5 23,8	5,8 4,8	3,8 4,8	0 0	7,7 0	
0 0	7,7 10,0	0 0	86,5 85,0	50,0 55,0	7,7 0	0 0	0 0	9,6 5,0	
4,8	4,8	2,4	88,1	57,1	16,7	0	0	9,5	
15,4 16,7	26,9 33,3	5,8 4,2	44,2 45,8	48,1 45,8	0 0	5,8 4,2	0 0	11,5 12,5	
1,9 0	34,6 33,3	23,1 20,8	32,7 37,5	28,8 29,2	34,6 33,3	1,9 4,2	0 0	17,3 12,5	
2,4	23,8	23,8	50,0	56,1	38,1	4,8	2,4	28,6	
3,8 10,0	23,1 35,0	21,2 35,0	46,2 20,0	50 45,0	0 0	0 0	0 0	5,8 0	
1,9 5,6	63,5 61,1	25,0 27,8	3,8 5,6	34,6 33,3	23,1 33,3	0 0	0 0	7,7 5,6	
25,0 27,3	48,1 54,5	17,3 18,2	7,7 0	36,5 40,9	13,5 9,1	5,8 0	3,8 0	42,3 45,5	

Statement (Frage)		Einschätzung der eigenen Kenntnis			Wichtigkeit des Themas		
		groß	mittel	gering	groß	mittel	gering
64	Die Integration von Zuwanderern gelingt nicht, und es kommt in Großstädten zu kulturellen Konflikten.	25,0	59,6	13,5	65,4	32,7	0
		26,2	59,5	14,3	92,3 69,0	7,7 28,6	0 0
65	In vielen Großstädten gibt es mehr muslimische als christliche Kinder.	23,1	50	26,9	48,1 58,3	50,0 33,3	1,9 8,3
66	In einigen Städten gibt es türkischstämmige Bürgermeister.	17,3	53,8	28,8	15,4 44,4	59,6 44,4	25,0 11,1
67	Kulturelle Konflikte mit Zuwanderern führen zu gewalttätigen Auseinandersetzungen.	25,0	51,9	23,1	67,3 100,0	26,9 0	5,8 0
		23,8	47,6	28,6	66,7	31,0	2,4
68	In Deutschland leben verschiedene ethnische Gruppen friedlich miteinander.	26,9	55,8	17,3	73,1 100,0	23,1 0	1,9 0
		21,4	57,1	21,4	64,3	31,0	2,4
69	Es wird ein islamischer Feiertag eingeführt.	15,4	48,1	36,5	15,4 37,5	48,1 12,5	36,5 50,0
70	Die Ausbreitung des Islam hat in einer Gegenbewegung zu einer Stärkung der christlichen Kirchen geführt.	15,4	57,7	26,9	21,2 37,5	50,0 25,0	28,8 37,5
71	Es wird eine islamische Kirchensteuer eingeführt.	9,6	42,3	48,1	9,6 20,0	46,2 40,0	42,3 20,0
72	Ehen zwischen Christen und Muslimen kommen kaum vor.	11,5	46,2	38,5	9,6 33,3	61,5 33,3	25,0 33,3
V Demographie							
73	Die kreative Leistungsfähigkeit der Gesellschaft hat wegen der Schrumpfung der mittleren Altersgruppen abgenommen.	46,2	50,0	3,8	67,3 87,5	30,8 8,3	1,9 4,2
		42,9	50,0	7,1	64,3	31,0	2,4
74	Die Einwohnerzahl in Deutschland hat sich bei 70 Millionen stabilisiert.	42,3	34,6	19,2	59,6 68,2	28,8 31,8	7,7 0
75	Die Bevölkerung ist auf 60 Millionen gesunken.	44,2	32,7	15,4	57,7 69,9	26,9 30,4	9,6 0
76	Ältere Menschen wandern in die Städte zurück, weil dort ihre Lebensbedingungen besser sind.	32,7	40,4	25,0	26,9 64,7	44,2 29,4	25,0 0
77	Die Alterung der Gesellschaft hat zu einer Veränderung ihrer Wertestruktur geführt. Sicherheitsaspekte werden wichtiger, die Risikobereitschaft sinkt.	51,9	34,6	11,5	59,6 70,4	34,6 29,6	3,8 0
78	Über 50-Jährige stellen die Mehrheit der Gesellschaft und setzen ihre Vorstellungen politisch durch.	46,2	40,4	11,5	51,9 83,3	36,5 12,5	7,7 4,2
79	Die Erwerbsquote der unter 30jährigen steigt um 20 Prozent.	30,8	44,2	21,2	53,8 81,3	34,6 12,5	5,8 0

Trifft ein/nicht ein				Mögliche Realisierungshemmnisse					Kommentar
bis 2010	bis 2020	nach 2020	trifft nicht ein	kulturelle/gesellschaftl.	wirtschaftliche	juristische	europäische/internationale	politische	
28,8 30,8 26,2	30,8 38,5 26,2	5,8 0 7,1	28,8 23,1 38,1	34,6 23,1 52,4	5,9 7,7 4,8	3,8 0 4,8	7,7 23,1 7,1	21,2 23,1 31,0	
9,6 8,3	32,7 41,7	13,5 0	38,5 41,7	35,3 33,3	1,9 8,3	0 0	3,8 8,3	17,3 25,0	
23,1 22,2	50,0 66,7	19,2 11,1	1,9 0	32,7 11,1	0 0	0 0	0 0	15,4 0	
19,2 23,1 16,7	26,9 30,8 11,9	7,7 0 2,4	42,3 38,5 61,9	32,7 38,5 47,6	3,8 7,7 4,8	7,7 0 4,8	0 0 9,5	25,0 30,8 35,7	
44,2 50,0 57,1	19,2 7,1 11,9	15,4 7,1 4,8	11,5 7,1 19,0	34,6 21,4 59,5	7,7 0 11,9	0 0 4,8	5,8 7,1 11,9	15,4 28,6 16,7	
3,8 0	9,6 0	9,6 0	75,0 100,0	46,2 37,5	7,7 0	7,7 0	0 0	40,4 25,0	
13,5 12,5	26,9 37,5	5,8 0	50,0 50,0	46,2 37,5	0 0	1,9 0	1,9 12,5	7,7 0	
5,8 0	21,2 20,0	13,5 0	53,8 60,0	32,7 40,0	0 0	15,4 0	1,9 0	30,8 60,0	
21,2 0	11,5 0	5,8 0	38,5 66,7	42,3 33,3	0 0	5,8 0	0 0	3,8 16,7	
5,8 12,5 11,9	32,7 33,3 23,8	17,3 20,8 4,8	42,3 33,3 57,1	32,7 33,3 38,1	23,1 16,7 23,8	0 0 0	1,9 0 2,4	15,4 16,7 21,4	
3,8 9,1	19,2 9,1	46,2 54,5	25,0 27,3	21,2 27,3	7,7 4,5	0 0	3,9 0	21,2 18,2	
0 0	7,7 13,0	21,2 21,7	61,5 65,2	23,5 18,2	11,5 4,3	0 0	7,7 4,3	19,2 21,7	
13,5 29,4	40,4 35,3	17,3 23,5	25,0 5,9	28,8 35,3	21,2 11,8	0 0	0 0	5,8 0	
23,1 22,2	34,6 40,7	19,2 18,5	19,2 18,5	30,8 25,9	17,3 11,1	0 0	0 0	7,7 0	
11,5 12,5	34,6 41,7	28,8 29,2	19,2 12,5	30,8 29,2	3,8 8,3	1,9 4,2	0 0	36,5 29,2	
1,9 6,3	48,1 25,0	11,5 25,0	30,8 43,8	5,8 6,3	23,1 18,8	0 0	0 0	15,4 18,8	

Statement (Frage)		Einschätzung der eigenen Kenntnis			Wichtigkeit des Themas		
		groß	mittel	gering	groß	mittel	gering
80	Wachsende Nachfrage nach „altersgerechten Produkten“ verändert die Märkte dramatisch.	40,4	44,2	13,5	26,9 38,1	61,5 52,4	9,6 9,5
81	Es entsteht eine neue Kultur des Alterns, die aktiv und positiv ist.	51,9	38,5	9,6	36,5 48,1	61,5 51,9	1,9 0
VI Ostdeutschland							
82	Die Abwanderung aus den ostdeutschen Bundesländern kommt zum Stillstand.	44,2	40,4	11,5	51,9 56,5	40,4 43,5	1,9 0
83	Die ostdeutschen Bundesländer müssen weiterhin durch die westdeutschen finanziell unterstützt werden.	40,4	46,2	9,6	50,0 71,4	40,8 28,6	3,8 0
84	Die Wirtschaft in den ostdeutschen Bundesländern expandiert überdurchschnittlich.	34,6 38,1	42,3 40,5	19,2 21,4	61,4 83,3 61,9	30,8 11,1 38,1	1,9 5,6 0
85	Die Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland haben sich angeglichen.	38,5	51,9	5,8	51,9 65,0	42,3 35,0	0 0
86	In den ostdeutschen Bundesländern haben sich Regionen mit überdurchschnittlichem Wirtschaftswachstum herausgebildet.	44,2	38,5	13,5	55,8 69,6	34,6 21,7	3,8 4,3
87	Viele Dörfer in den ostdeutschen Bundesländern sind verfallen und verlassen.	38,5	44,2	13,5	34,6 60,0	51,9 40,0	7,7 0
88	Die Arbeitslosigkeit in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern liegt über 30 Prozent.	26,9 35,7	44,2 42,9	25,0 21,4	63,5 85,7 59,5	30,8 14,3 38,1	0 0 2,4
VII Politik							
89	Es entsteht eine Partei, die die Interessen der Jüngeren vertritt.	17,3	61,5	21,2	15,4 22,2	55,8 44,4	26,9 33,3
90	Die Volksparteien werden zu Interessenvertretungen der Älteren.	23,1	55,8	21,2	34,6 50,0	51,9 50,0	11,5 0
91	Drei Viertel der Bevölkerung halten beide Volksparteien für unfähig, die Probleme der Zukunft zu lösen.	36,5 45,2	53,8 52,4	9,6 2,4	63,5 84,2 61,9	30,8 15,8 33,3	1,9 0 4,8
92	Die beiden Volksparteien CDU und SPD erreichen bei Bundestagswahlen jeweils weniger als 30 Prozent.	25,0	61,5	13,5	51,9 76,9	42,3 15,4	1,9 7,7
93	Die CDU/CSU erreicht bei einer Bundestagswahl die absolute Mehrheit.	17,3	57,7	23,1	23,1 33,3	46,2 22,2	19,2 22,2
94	Die Mitgliederzahl der CDU steigt um mehr als 100.000.	11,5	50,0	38,5	3,8 0	44,2 33,3	46,2 50,0

Trifft ein/nicht ein				Mögliche Realisierungshemmnisse					Kommentar
bis 2010	bis 2020	nach 2020	trifft nicht ein	kulturelle/gesellschaftl.	wirtschaftliche	juristische	europäische/internationale	politische	
11,5 19,0	42,3 42,9	23,1 19,0	17,3 19,0	21,2 19,0	26,9 19,0	0 0	1,9 4,8	0 0	
15,4 18,5	63,5 66,7	19,2 11,1	1,9 3,7	30,8 25,9	11,5 7,4	0 0	0 0	5,8 3,7	
17,3 21,7	55,8 56,5	13,5 13,0	9,6 8,7	0 0	48,1 47,8	0 0	0 0	9,6 8,7	
3,8 4,8	63,5 61,9	21,2 23,8	5,8 4,8	7,7 4,8	40,4 33,3	1,9 4,8	1,9 4,8	32,7 38,1	
11,5 11,1 11,9	34,6 44,4 31,0	15,4 11,1 19,0	34,6 33,3 35,7	9,6 22,2 16,7	44,2 55,6 57,1	0 0 0	1,9 0 9,5	13,5 16,7 33,3	
7,7 10,0	21,2 20,0	40,4 40,0	26,9 30,0	7,7 20,0	46,2 60,0	0 0	0 0	7,7 15,0	
42,3 52,2	38,5 34,8	5,8 8,7	7,7 4,3	5,8 8,7	38,5 52,2	0 0	0 0	13,5 21,7	
25,0 35,0	44,2 35,0	7,7 10,0	19,2 20,0	13,5 20,0	26,9 20,0	0 0	0 0	23,1 20,0	
23,1 28,6 14,3	11,5 7,1 7,1	0 0 2,4	61,5 64,3 71,4	11,5 21,4 26,2	34,6 21,4 40,5	0 0 2,4	1,9 0 2,4	36,5 35,7 31,0	
3,8 0	30,8 33,3	9,6 11,1	50,0 44,4	25,0 11,1	0 0	0 0	0 0	34,6 22,2	
19,2 25,0	15,4 25,0	13,5 25,0	48,1 16,7	17,3 0	1,9 0	1,9 0	0 0	34,6 16,7	
46,2 36,8 54,8	9,6 15,8 11,9	3,8 10,5 0	36,5 36,8 33,3	13,5 10,5 14,3	1,9 5,3 14,3	0 0 0	1,9 0 2,4	42,3 52,6 57,1	
11,5 23,1	26,9 15,4	15,4 7,7	42,3 46,2	15,4 7,7	7,7 0	0 0	1,9 0	42,3 30,8	
7,7 11,1	11,5 22,2	7,7 0	61,5 55,6	19,2 11,1	11,5 11,1	0 0	0 0	36,5 22,2	
0 0	9,8 16,7	3,9 0	76,5 83,3	25,5 0	0 0	0 0	0 0	28,8 16,7	

Statement (Frage)		Einschätzung der eigenen Kenntnis			Wichtigkeit des Themas		
		groß	mittel	gering	groß	mittel	gering
95	Die Mitgliederzahl der SPD steigt um mehr als 100.000.	11,5	55,8	30,8	1,9 0	46,2 33,3	50,0 66,7
96	Ideologische Differenzen zwischen den Volksparteien sind verschwunden.	30,8	55,8	11,5	15,4 31,3	63,5 56,3	17,3 6,3
97	An Bundestagswahlen nehmen weniger als 50 Prozent der Wahlberechtigten teil.	30,8 35,7	55,8 54,8	13,5 9,5	73,1 75,0 64,3	25,0 25,0 26,2	1,9 0 9,5
98	Die FDP ist nicht mehr im Bundestag vertreten.	19,2	55,8	21,2	13,5 10,0	46,2 70,0	34,6 20,0
99	Die FDP erreicht bei einer Bundestagswahl über 20 Prozent.	19,2	59,6	21,2	5,8 0	42,3 60,0	51,9 40,0
100	Die Bindung von Wählern an politischen Parteien hat sich aufgelöst.	28,8	57,7	9,6	42,3 46,7	46,2 53,3	9,6 0
101	Das Wahlverhalten folgt fast ausschließlich kurzfristigen Interessen.	28,8	59,6	9,6	44,2 60,0	46,2 33,3	7,7 0
102	Politische Parteien können gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen nicht mehr steuern, sondern nur noch moderierend begleiten.	26,9	59,6	11,5	57,7 71,4	40,4 28,6	1,9 0
103	Eine rechtsextreme Partei erreicht bei einer Bundestagswahl mehr als 20 Prozent.	23,1 33,3	57,7 59,5	15,4 7,1	71,2 83,3 69,0	25,0 16,7 26,2	1,9 0 4,8
104	Die Partei der Grünen ist nicht mehr im Bundestag vertreten.	21,2	59,6	15,4	17,3 18,2	63,5 63,6	17,3 9,1
105	Die PDS erringt bei einer Landtagswahl die absolute Mehrheit.	21,2	61,5	15,4	40,4 63,6	50,0 36,4	9,6 0
106	Wahlergebnisse werden von Personen und nicht durch Inhalte bestimmt.	34,6	51,9	13,5	32,7 44,4	57,7 50,0	9,6 5,6
107	Der Einfluss wirtschaftlich starker Gruppen bestimmt politische Entscheidungen.	36,5	50,0	13,5	53,8 84,2	44,2 15,8	1,9 0
108	Angesichts zunehmender gesellschaftlicher Heterogenität haben die Volksparteien ihre strukturelle Basis verloren.	30,8	53,8	13,5	34,6 56,3	51,9 37,5	7,7 0
109	Politisches Engagement findet außerhalb der Parteien statt.	34,6	48,1	15,4	46,2 55,6	42,3 38,9	5,8 5,6
110	Sozialer Friede ist als politisches Leitthema wichtiger als wirtschaftlicher Wohlstand.	38,5	44,2	17,3	55,8 50,0	34,6 40,0	5,8 5,0
111	Es entsteht eine Partei, die Ausländerinteressen vertritt.	25,0	51,9	17,3	28,8 30,8	50,0 69,2	15,4 0
112	Im Bundestag sind sechs Parteien vertreten.	13,7	56,9	21,6	11,8 42,9	51,0 42,9	25,5 14,3
113	Eine Partei, die die Interessen der über 60-Jährigen vertritt, kommt in den Bundestag.	19,2	59,6	15,4	17,3 30,0	51,9 60,0	25,0 10,0

Trifft ein/nicht ein				Mögliche Realisierungshemmnisse					Kommentar
bis 2010	bis 2020	nach 2020	trifft nicht ein	kulturelle/gesellschaftl.	wirtschaftliche	juristische	europäische/internationale	politische	
0 0	11,5 0	1,9 0	76,9 100,0	25,0 16,7	0 0	0 0	1,9 0	26,9 33,3	
38,5 43,8	13,5 12,5	3,8 6,3	34,6 25,0	28,8 37,5	1,9 0	0 0	0 0	38,5 43,8	
17,3 18,8 11,9	30,8 43,8 16,7	5,8 0 2,4	44,2 37,5 64,3	28,8 37,5 40,5	0 0 2,4	0 0 0	0 0 0	35,3 18,8 45,2	
13,5 10,0	32,7 50,0	9,6 10,0	32,7 20,0	15,4 0	7,7 0	0 0	1,9 0	40,4 20,0	
0 0	3,8 0	5,8 10,0	86,5 90,0	23,1 10,0	3,8 0	0 0	0 0	40,4 30,0	
21,2 26,7	30,8 26,7	9,6 6,7	32,7 33,3	30,8 20,0	3,8 0	0 0	0 0	36,5 13,3	
34,6 33,3	15,4 20,0	7,7 0	38,5 40,0	30,8 20,0	9,6 13,3	0 0	0 0	36,5 26,7	
42,3 64,3	26,9 21,4	1,9 0	23,1 14,3	15,4 14,3	7,7 14,3	0 0	7,7 14,3	34,6 35,7	
1,9 0 2,4	7,7 0 2,4	3,8 0 4,8	78,8 91,7 90,5	38,5 50,0 35,7	9,6 8,3 16,7	3,8 8,3 2,4	3,8 8,3 4,8	42,3 50,0 45,2	
0 0	5,8 0	15,4 0	75,0 81,8	30,8 18,2	1,9 0	1,9 0	1,9 0	42,3 36,4	
11,5 9,1	17,3 36,4	1,9 0	65,4 54,5	25,0 27,3	13,5 0	3,8 0	1,9 0	44,2 45,5	
55,8 61,1	15,4 22,2	3,8 0	15,4 16,7	30,8 22,2	3,8 5,6	0 0	3,8 0	23,1 16,7	
48,1 63,2	11,5 5,3	0 0	30,8 21,1	23,1 10,5	9,6 5,3	7,7 10,5	1,9 5,3	32,7 42,1	
25,0 37,5	28,8 31,1	13,5 6,3	23,1 18,8	25,0 6,3	3,8 6,3	0 0	1,9 0	32,7 25,0	
32,7 50,0	32,7 33,3	3,8 0	23,1 11,1	25,0 16,7	1,9 0	0 0	1,9 5,6	32,7 33,3	
19,2 30,0	11,5 20,0	11,5 10,0	46,2 30,0	13,5 20,0	25,0 25,0	1,9 5,0	0 0	23,1 15,0	
11,5 23,1	42,3 61,5	7,7 0	26,9 7,7	28,8 23,1	1,9 0	1,9 0	1,9 0	26,9 23,1	
7,7 28,6	32,7 28,6	19,2 14,3	21,2 14,3	21,2 28,6	7,7 14,3	3,8 14,3	0 0	32,7 42,9	
3,8 20,0	23,1 20,0	7,7 20,0	59,6 30,0	34,6 10,0	7,7 0	0 0	0 0	34,6 30,0	

Statement (Frage)		Einschätzung der eigenen Kenntnis			Wichtigkeit des Themas		
		groß	mittel	gering	groß	mittel	gering
VIII Werte							
114	Esoterische Sinndeutungen haben mehr Anhänger als die christlichen Kirchen.	17,3	53,8	28,8	13,5 33,3	38,5 33,3	44,2 33,3
115	Individualisierung erzeugt Gegenbewegungen: Die ideelle Bedeutung der Gemeinschaft hat zugenommen.	38,5	36,5	23,1	40,4 60,0	40,4 25,0	11,5 15,0
116	Christliches Brauchtum und christliche Glaubensinhalte werden wieder aufgewertet.	23,1	53,8	23,1	17,3 33,3	57,7 50,0	19,2 16,7
117	Christliche Kirchen haben ihre Deutungshoheit in Sinnfragen verloren.	25,0	51,9	19,2	30,8 61,5	38,5 38,5	21,2 0
118	Die Kirchen haben ihren gesellschaftlichen Einfluss weitgehend verloren.	23,1	63,5	11,5	21,2 25,0	53,8 66,7	17,3 8,3
119	Der Zwang zu Mobilität und Flexibilität entwertet traditionelle soziale und moralische Werte wie Treue, Verantwortung und Verbindlichkeit.	40,4	48,1	11,5	57,7 71,4	34,6 19,0	3,8 4,8
120	Der Mitmensch wird zum Störfaktor. Auf andere Rücksicht nehmen heißt, nicht alles erreichen zu können, was man sich vorgenommen hat.	40,4	46,2	11,5	59,6 66,7	28,8 14,3	7,7 19,0
121	Zentrale soziale Verpflichtungen und Rücksichtnahmen haben ihre Verbindlichkeit verloren.	36,5	53,8	9,6	57,7 78,9	34,6 5,3	5,8 10,5
122	Die Art der sozialen Beziehungen hat sich verändert: Kontakte sind unverbindlicher, informelle Kontakte haben zugenommen, während gleichzeitig die Einbindung in Gruppen und Organisationen gesunken ist.	42,3	44,2	11,5	46,2 54,5	48,1 36,4	1,9 4,5
123	Die sozialen Beziehungen unterliegen überwiegend ökonomischen Gesetzen.	40,4	51,9	7,7	50,0 66,7	46,2 28,6	1,9 0
124	Individualisierung hat eine Kehrseite, die Gegenbewegungen erzeugt: Neue Formen der Gemeinschaftsbildung gewinnen an Bedeutung.	36,5	48,1	15,4	44,2 63,2	46,2 31,6	3,8 0
125	Disziplin und Ordnung spielen in der Kindererziehung eine größere Rolle als Freiheit und Selbstentfaltung.	34,6	53,8	9,6	34,6 55,6	50,0 38,9	5,8 5,6
126	Selbständigkeit und eigene Meinung sind im Beruf wichtiger als Disziplin und Pünktlichkeit.	36,5	48,1	7,7	30,8 52,6	50,0 42,1	7,7 5,3

Trifft ein/nicht ein				Mögliche Realisierungshemmnisse					Kommentar
bis 2010	bis 2020	nach 2020	trifft nicht ein	kulturelle/ gesellschaftl.	wirtschaftliche	juristische	europäische/ internationale	politische	
1,9 11,1	19,2 11,1	7,7 11,1	69,2 66,7	53,8 66,7	1,9 0	1,9 0	3,8 0	5,8 0	
17,3 30,0	51,9 50,0	7,7 0	21,2 20,0	38,5 40,0	13,5 20,0	0 0	1,9 5,0	11,5 10,0	
11,5 8,3	36,5 33,3	5,8 16,7	46,2 41,7	38,5 50,0	5,8 8,3	1,9 8,3	1,9 0	5,8 0	
28,8 38,5	21,2 7,7	5,8 0	32,7 46,2	42,3 53,8	1,9 0	0 0	1,9 0	3,8 7,7	
15,4 0	26,9 33,3	9,6 0	46,2 58,3	46,2 58,3	3,8 0	0 0	1,9 0	7,7 8,3	
13,5 9,5	5,8 4,8	5,8 9,5	71,2 66,7	40,4 42,9	9,6 14,3	0 0	0 0	9,6 14,3	
11,5 19,0	7,7 9,5	1,9 0	73,1 66,7	42,3 57,1	15,4 19,0	1,9 4,8	0 0	5,8 4,8	
15,4 15,8	3,8 5,3	5,8 5,3	69,2 68,4	44,2 52,6	9,6 15,8	1,9 0	1,9 5,3	15,4 10,5	
32,7 31,8	30,8 22,7	7,7 9,1	23,1 31,8	36,5 40,9	7,7 4,5	0 0	0 0	3,8 0	
25,0 28,6	13,5 9,5	0 0	57,7 57,1	34,6 28,6	7,7 4,8	3,8 4,8	0 0	9,6 9,5	
13,5 26,3	61,5 47,4	9,6 5,3	13,5 15,8	38,5 36,8	11,5 15,8	0 0	1,9 0	9,6 5,3	
15,4 33,3	19,2 27,8	1,9 0	51,9 33,3	44,2 38,9	5,8 5,6	1,9 0	1,9 0	13,5 5,6	
38,5 63,2	17,3 10,5	3,8 5,3	30,8 15,8	21,2 21,1	25,0 21,1	0 0	0 0	1,9 5,3	

Statement (Frage)		Einschätzung der eigenen Kenntnis			Wichtigkeit des Themas		
		groß	mittel	gering	groß	mittel	gering
127	Freiheit und Selbstverantwortung sind die gesellschaftspolitischen Leitmotive, nicht mehr soziale Gerechtigkeit.	36,5 54,8	50,0 42,9	7,7 0	63,5 89,5 64,3	26,9 10,5 28,6	1,9 0 0
128	Für die Mehrheit der Erwerbstätigen ist die Arbeitszeit angenehmer als die Freizeit.	34,6	40,4	17,3	19,2 50,0	53,8 27,8	17,3 22,2
129	Ein deutscher Schriftsteller steht in der amerikanischen Bestsellerliste auf dem ersten Platz.	13,5	38,5	42,3	0 0	17,3 14,3	73,1 71,4
130	Deutschland gehört in der naturwissenschaftlichen Forschung weltweit zu den drei wichtigsten Nationen.	13,5	53,8	26,9	59,6 100,0	30,8 0	1,9 0

bis 2010	bis 2020	nach 2020	trifft nicht ein	kulturelle / gesellschaftliche	wirtschaftliche	juristische	europäische/ interne	politische	
30,8 42,1 31,0	36,5 31,6 35,7	7,7 0 7,1	13,5 15,8 19,0	38,5 36,8 52,4	3,8 10,5 7,1	1,9 0 0	0 0 11,9	38,5 31,6 38,1	
7,7 5,6	9,6 16,7	7,7 11,1	67,3 66,7	23,1 38,9	28,8 22,2	0 0	1,9 5,6	0 0	
7,7 0	23,1 28,6	13,5 14,3	34,6 57,1	21,2 14,3	3,8 0	0 0	11,5 28,6	3,8 0	
7,7 0	19,2 42,9	25,0 14,3	36,5 42,9	19,2 28,6	15,4 14,3	3,8 14,3	7,7 14,3	30,8 28,6	

Die Autoren

Christine Henry-Huthmacher, Koordinatorin für Frauen- und Familienpolitik in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Dr. Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff, Koordinator für Zuwanderung und Integration in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.